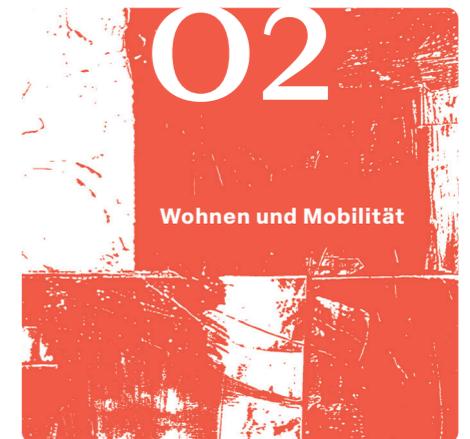


Demokratie und Respekt

Thesen aus
Wissenschaft & Politik

Band 2



Demokratie und Respekt

Thesen aus
Wissenschaft & Politik

Band 2

Impressum

Medieninhaber und Herausgeber:
Karl-Renner-Institut, Karl-Popper-Straße 8,
1100 Wien

Redaktion und Lektorat:
Angelika Striedinger

Art Direction:
Barbara Sator-Krapf, www.satorella.com

Fotos:
Ein allfälliger Quellennachweis befindet sich direkt
beim jeweiligen Foto. Sofern nicht angegeben,
handelt es sich um Aufnahmen von Andreas Wenzel.

Druck und Herstellungsort:
Gutenberg Druck – Kooperationspartner der
Print Alliance HAV Produktions GmbH,
2540 Bad Vöslau

Oktober 2024

ISBN: 978-3-85464-048-6

Inhalt

- 8 Vorwort: Austausch auf Augenhöhe
DORIS BURES
- 10 Einleitung: Demokratie und Respekt
ANDREAS BABLER
- 12 Zum Format: Thesen geleitete Diskussion
ANGELIKA STRIEDINGER & MARIA MALTSCHNIG

18 Sozialstaat

01

Mit welchen sozialstaatlichen Prioritäten stärken wir einen progressiven (vs. rechtsautoritären) Gesellschaftskonsens?

- 20 **JÖRG FLECKER** „Wir sollten den Menschen die Erfahrung von Geborgenheit ermöglichen, um den rückwärtsgewandten Versprechungen von Heimat, die von Rechts und Rechtsaußen kommen, entgegenzuwirken.“
- 23 **SVEN HERGOVICH** „Eine Jobgarantie hat langfristige positive Auswirkungen auf die Wirtschaft, sowie auf die psychosoziale Stabilität der Menschen und der Gesamtgesellschaft.“
- 26 **KARIN HEITZMANN** „Ein armutsfester Sozialstaat ist ein Garant für ein gutes Leben für alle.“
- 29 **VERONICA KAUP-HASLER** „Ein sozialer und progressiver Staat schafft offene, soziale Räume für alle: in der Kultur, der Bildung oder auch im Sport.“
- 32 **VEDRAN DŽIHIĆ** „Migrant:innen und sogenannte ‚Fremde‘ dürfen nicht als Konkurrenz und Gefahr gesehen werden. Österreich braucht ein neues, solidarisches ‚Wir‘, das unsere Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.“
- 35 **DANIELA GRUBER-PRUNER** „Halten – Entfalten – Gestalten sind die zentralen Begriffe für ein Bildungssystem, das Gerechtigkeit herstellen kann.“

38 Wohnen und Mobilität

02

Welche Strukturen braucht es für klimafreundliches Wohnen und Mobilität, wo ansetzen?

- 40 **RUTH BECHER** „Nur durch kompaktes Bauen kann der Bodenverbrauch reduziert werden. Das ‚Stadtdorf‘ ist die Antwort auf Klimakrise und Energiewende.“
- 42 **CORNELIA DLABAJA** „Für eine nachhaltige Regionalentwicklung sollte Flächenwidmung nicht nur auf Gemeindeebene entschieden werden, sondern mittels überörtlicher Raumplanung. Außerdem braucht es Ersatzflächen, wenn etwas neu verbaut wird.“
- 45 **BARBARA TEIBER** „Die Wohnungsfrage ist nur durch eine zielgerichtete Mietpolitik lösbar.“
- 48 **MARGARET HADERER** „Das Ideal des Einfamilienhauses führt zu Einsamkeit und hohen Kosten für uns alle. Wir sollten überdenken, welche Wohnformen wir als Gesellschaft fördern wollen.“
- 51 **MANFRED MERTEL** „Schlecht ausgebauter öffentlicher Verkehr in den Landgemeinden führt zu Landflucht und zu hohen Kosten für jene, die auf Individualverkehr zurückgreifen müssen.“
- 53 **CLEMENS KAUPA** „Für die erfolgreiche Klimawende brauchen wir ein Werbeverbot für die fossile Industrie und für klimaschädliche Produkte.“

Inhalt

56

Wirtschaftspolitik

03

Wie nutzen wir neue EU-Regeln und geopolitische Umwälzungen für nachhaltige und gerechte Wirtschaftspolitik?

- 58 JOHANNES JÄGER** „Es braucht eine Diskussion über die Neugestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft im Kontext von ökologischen Krisen und geopolitischen Konflikten. Die kapitalistische Logik muss zurückgebaut werden.“
- 61 PAUL STICH** „Eine nachhaltige und gerechte Wirtschaftspolitik der EU braucht einen aktiven Staat.“
- 64 MARIO HOLZNER** „Eine katalytische Industriepolitik muss grün, digital und sozial zugleich sein und privates Kapital zu notwendigen Investitionen disziplinieren, statt lediglich private Risiken und Profite zu justieren.“
- 67 EVA-MARIA HOLZLEITNER** „Steuerpolitik formt Gesellschaft. Politische Akteur:innen müssen daher steuerpolitische Fragen in den Vordergrund rücken, verständlich aufbereiten und damit gesamtgesellschaftliche Transformation vorantreiben.“
- 70 EVA SIX** „Unsere demokratische Gesellschaftsform ist essenziell – nicht nur für eine gerechte, sondern auch für eine langfristig erfolgreiche Wirtschaftspolitik.“
- 73 KARL DÜRTSCHER** „Mangelnde Transportkostenwahrheit führt zu geopolitischen Problemen und unerwünschten ökonomischen und ökologischen Verwerfungen.“

76

Digitalisierung und KI

04

Wie können wir digitale Infrastrukturen und künstliche Intelligenz politisch gestalten, für eine starke Demokratie im Sinne der Vielen?

- 78 KATHARINA KUCHAROWITS** „Der Staat muss investieren, um sich als demokratische Gesellschaft künstliche Intelligenz zu Nutze zu machen. Der Rahmen dafür muss digitaler Humanismus sein.“
- 81 KATJA MAYER** „Künstliche Intelligenz im öffentlichen Interesse braucht mehr Partizipation: Wissensproduktion und Technologieentwicklung mit Citizen Science.“
- 84 MICHAEL KÖGL** „Es gibt keine unbiased künstliche Intelligenz – machen wir den Bias sichtbar!“
- 87 THOMAS GEGENHUBER** „Künstliche Intelligenz fordert uns heraus, zu entscheiden, ob wir mehr in öffentliche digitale Infrastrukturen investieren wollen.“
- 90 FLORIAN KOPPLER** „KI-generierte Falschmeldungen bedrohen demokratische Institutionen.“
- 93 STEFAN WOLTRAN** „Europa nimmt bei der Regulierung und politischen Gestaltung von künstlicher Intelligenz eine Vorreiterrolle ein.“

Vorwort

Austausch auf Augenhöhe

DORIS BURES

Präsidentin des Karl-Renner-Instituts

Bereits zum zweiten Mal haben wir als Karl-Renner-Institut im März 2024 zum Forum Wissenschaft und Politik eingeladen. Mit diesem Forum schaffen wir einen Raum, in dem wir gemeinsam – im Austausch zwischen Wissenschaftler:innen und Politiker:innen – jene großen Entwicklungen bearbeiten, die für uns als Gesellschaft umfassende Möglichkeiten, aber auch existenzbedrohende Gefahren beinhalten, und die dringend nachhaltige und durchdachte Antworten verdienen: Wie gestalten wir unseren Sozialstaat so, dass sich alle gut aufgehoben und als Teil einer vielfältigen Gemeinschaft fühlen, statt nach Ausgrenzung und autoritärer Führung zu rufen? Was können wir konkret in den Bereichen Wohnen und Mobilität tun, um der Klimaerhitzung entgegenzusteuern? In welche Richtung wollen wir im Kontext geopolitischer Umwälzungen unsere Wirtschaftspolitik neu ausrichten – vor allem auf der europäischen Ebene? Und wie lassen sich die rasanten Fortschritte im Bereich von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz so gestalten, dass sie unser Miteinander verbessern?

Im Rahmen des Forum Wissenschaft und Politik lassen sich Politiker:innen und Wissenschaftler:innen auf einen offenen Austausch rund um diese Fragestellungen ein. So ein Austausch zwischen Wissenschaft und Politik trägt durchaus auch Spannungen und Widersprüche in sich. Denn aus den unterschiedlichen Logiken dieser Handlungsfelder ergeben sich auch verschiedene Perspektiven auf die diskutierten Problemlagen, verschiedene Selbstverständlichkeiten und Notwendigkeiten. Umso eindrucksvoller ist die Bereitschaft zum offenen, konstruktiven Austausch auf Augenhöhe, von dem die Debatten vor Ort getragen waren, und ich danke allen Beteiligten dafür.

Mit dieser Bereitschaft, mit diesem Umgang miteinander, leisten wir nämlich auch einen Beitrag zur Stärkung unserer Demokratie. Gerade in Zeiten von Fake News, blühenden Verschwörungstheorien und rechtsextremen Netzwerken, die wissenschaftliches Arbeiten und Nachdenken diffamieren wollen, ist es umso wichtiger, einen lebhaften und respektvollen Dialog zwischen Politik und Wissenschaft zu führen. Denn wenn das Vertrauen in den wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn, in die Rationalität politischer Entscheidungen, und in unser aller Fähigkeit zum konstruktiven Dialog verloren geht, dann bröckeln wesentliche Fundamente unserer Demokratie.

In diesem Sinne haben die Debatten beim Forum Wissenschaft und Politik und die in dieser Broschüre ausgeführten Thesen nicht nur zum Ziel, die Qualität und Innovationskraft politischer Entscheidungen einerseits, und die Praxisnähe wissenschaftlichen Arbeitens andererseits zu stärken. Darüber hinaus geht es uns auch darum, über Demokratie und Respekt nicht nur zu sprechen, sondern diese auch in unserer politischen Arbeit zu leben.

Einleitung

Demokratie und Respekt

ANDREAS BABLER

Bundesparteivorsitzender der SPÖ

Die Sozialdemokratie hat immer dann die größte Veränderungskraft, wenn sie im offenen und offensiven Dialog, und im Bündnis mit der Wissenschaft steht. Weil wir die Lebensrealitäten der Menschen kennen und uns mitten in jenen politischen Auseinandersetzungen befinden, die diese Lebensrealitäten mitgestalten, und weil wir gleichzeitig einen bejahenden, interessierten Zugang zu Wissenschaft haben. Aus diesem dialektischen Verhältnis können wir politische Programmatik gestalten, das ist eine unserer wichtigsten Stärken.

Das Forum Wissenschaft und Politik im Karl-Renner-Institut wurde in diesem Jahr von zwei eindrucksvollen Vorträgen von Forscherinnen eröffnet, die dieses Zusammenspiel sehr gut veranschaulichen. Die Wirtschaftsprofessorin Jana Costas hat Einblick in ihre Studie zu Reinigungskräften am Potsdamer Platz in Berlin gegeben. Reinigung ist ein Paradebeispiel für jene Berufe, die einerseits systemrelevant sind, ohne die also der private und berufliche Alltag der meisten Menschen nicht funktionieren würde – die andererseits aber oft unterbezahlt und mit prekären Beschäftigungsbedingungen verbunden sind, stigmatisiert und unsichtbar gemacht werden. Die Studie zeigt, dass es jedenfalls eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen braucht, um diesen Menschen formal jenen Respekt zu zollen, den sie und ihre Arbeit verdienen. Sie verdeutlicht aber auch, dass es um mehr geht: Darum, die Menschen als solche zu sehen und den Wert ihrer Tätigkeiten anzuerkennen, in politischen Reden und Maßnahmen, sowie in alltäglichen Begegnungen. Wir als Sozialdemokratie sehen unsere historische und aktuelle Verantwortung genau darin, jene Menschen zu stärken, die es sich eben nicht richten können, und Seite an Seite mit ihnen für eine gerechte Gesellschaft zu kämpfen.

Das tun wir nicht nur, weil wir die Interessen dieser Menschen vertreten. Sondern auch weil es essenziell ist für unser demokratisches Zusammenleben, wie es der zweite Vortrag beim Forum Wissenschaft und Politik auf den Punkt gebracht hat. Die Sozialwissenschaftlerin Martina Zandonella erforscht mit dem Demokratiemonitor seit Jahren, wie es um unsere Demokratie in Österreich steht. Ihre Daten zeigen sehr eindeutig, dass unsere Gesellschaft hier auseinanderdriftet, und zwar entlang von Einkommensgrenzen. Hier spreche ich noch gar nicht davon, dass mittlerweile ein Drittel der Wohnbevölkerung in Österreich kein Wahlrecht hat. Sondern davon, dass vor allem das untere Einkommensdrittel in unserem Land zunehmend das Vertrauen in die Demokratie verliert. Diese Menschen – auch das wurde erhoben – fühlen sich von der Politik behandelt wie Menschen zweiter Klasse, und sie spüren, dass ihre Arbeit gesellschaftlich nicht wertgeschätzt wird. Ich verstehe ihren Ärger und Frust über die Politik, und ich verspreche, dass die SPÖ eine starke Stimme für jene sein wird, die von der bisherigen Politik enttäuscht sind.

Demokratie und Respekt sind im Kern miteinander verschränkt. Demokratie funktioniert nur, wenn wir die tiefe Überzeugung haben, dass wir alle gleich viel wert sind, wenn wir auf Augenhöhe aufeinander zugehen. Und Respekt bedeutet unter anderem, Menschen ernst zu nehmen, zuzuhören, und wirkliche demokratische Beteiligung zu ermöglichen.

Zum Format

Thesengeleitete Diskussion

ANGELIKA STRIEDINGER
MARIA MALTSCHNIG

Wenn wir im Karl-Renner-Institut zum Forum Wissenschaft & Politik einladen, so tun wir das erstens, um Menschen zusammenzubringen, also einen Ort zu schaffen, an dem Kontakte geknüpft und vertieft werden können, auf die die Wissenschaftler:innen und Politiker:innen auch in ihrer weiteren Tätigkeit zurückgreifen können. Zweitens wollen wir Wissen zusammenbringen: Mit dem Forum spannen wir einen Raum auf, der ausdrücklich dafür da ist, unterschiedliche Perspektiven einzubringen, Widersprüche und Uneinigkeiten nicht als zu überwindende Hindernisse zu betrachten, sondern als Motor zur Horizonterweiterung.

Etwa 100 Teilnehmer:innen, jeweils zur Hälfte aus der Wissenschaft und aus der Politik, sind unserer Einladung gefolgt und haben im März 2024 einen Nachmittag lang debattiert, einander zugehört, Ideen entwickelt. Die Fragestellungen und Diskussionen orientierten sich am Gesamtthema der Veranstaltung, „Demokratie und Respekt“. Neben einleitenden Worten von Doris Bures, Präsidentin des Karl-Renner-Instituts, und SPÖ-Bundespartei-vorsitzenden Andi Babler, füllten zwei Keynotes diese Begriffe mit Inhalten: Jana Costas, Professorin an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder, sprach über ihre Studie „Im Minusbereich: Reinigungskräfte und ihr Kampf um Würde“; Martina Zandonella vom Forschungsinstitut Foresight bereitete die neusten Erkenntnisse des Demokratiemonitors auf.

Die fokussierte Diskussion wurde anschließend in vier Thesengruppen fortgeführt, angeleitet von jenen Fragestellungen, die auch die vorliegende Broschüre strukturieren. Angeregt von diesen Fragen formulierten die Teilnehmer:innen Thesen – also Tatsachen-

behauptungen, Werturteile und Forderungen –, in denen sie ihre Gedanken zuspitzten, und entlang derer die Debatten inhaltlich strukturiert wurden. Alle hier ausgeführten Thesen stammen von Personen, die am Forum Wissenschaft & Politik teilgenommen und dort diese Gedanken und Vorschläge eingebracht haben. Wir danken den Autor:innen im Besonderen für ihre Beiträge, sowie auch allen weiteren Teilnehmer:innen für ihre Zeit und Energie, für ihre Kreativität und dafür, dass sie sich immer wieder auf diese Art von Auseinandersetzungen einlassen.

Dass sich nämlich Wissenschaftler:innen und Politiker:innen aus ihren prall gefüllten Terminkalendern einen Nachmittag für diesen Austausch freischaufeln, ist keine Selbstverständlichkeit und zeugt von politischem Engagement und Sendungsbewusstsein, sowie von Offenheit und Neugierde. Im Karl-Renner-Institut bemühen wir uns, dafür geeignete Räume zu schaffen und diese kontinuierlich weiterzuentwickeln. Die spannenden Beiträge in dieser Broschüre sollen auch darüber hinaus Debatten anregen. Wir wünschen inspirierende Lektüre!







TEIL 1

Sozialstaat

Die Art, wie über den Sozialstaat öffentlich debattiert wird, beeinflusst die politische Stimmungslage: Wird diese Debatte getragen von einem ‚wir‘ gegen ‚die anderen‘, von Schlagzeilen über hohe Zahlungen an migrantische Familien? Oder orientiert sich der Diskurs daran, wie wir als Gesellschaft Armut und Ausgrenzung verhindern und allen eine volle Teilhabe am sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben ermöglichen können? Aber nicht nur der Debattenstil, auch konkrete sozialpolitische Entscheidungen und daraus folgende Verteilungsverhältnisse prägen die politische Kultur eines Landes: Aus empirischen Studien wissen wir, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen steigender Ungleichheit und dem Zuspruch zu rechten Parteien.

Mit welchen sozialstaatlichen Prioritäten stärken wir einen progressiven (vs. rechtsautoritären) Gesellschaftskonsens?

THESE:

„Wir sollten den Menschen die Erfahrung von Geborgenheit ermöglichen, um den rückwärtsgewandten Versprechungen von Heimat, die von Rechts und Rechtsaußen kommen, entgegenzuwirken.“

JÖRG FLECKER

Kriege, vielfache Krisen, bedrohte Jobs, Leben im Wettbewerb, kaum bewältigbare Teuerungen und ein Kulturkampf, der erreichte Emanzipation in Frage stellt – kuschelig ist das Leben für sehr viele Menschen beileibe nicht. Rechte Parteien haben rückwärtsgewandte Utopien von Heimat im Angebot: unhinterfragte Zugehörigkeit für jene, die als zugehörig definiert werden, und deren Bevorzugung gegenüber denen, die man als fremd, als anders bezeichnet.

Wie können demgegenüber Erfahrungen von Geborgenheit mit einer progressiven Politik erreicht werden? Per Albin Hansson hat in den 1920er-Jahren versucht, den politisch Rechten den Heimatbegriff streitig zu machen und für die Sozialdemokratie zu nutzen - das schwedische „Volksheim“: „Im guten Heim herrschen Gleichheit, Fürsorglichkeit, Zusammenarbeit und Hilfsbereitschaft“ (Hansson 1928). Ein ausgebauter Sozialstaat und die in ihm eingerichtete Solidarität

erlauben es den Menschen, die Kontrolle über ihr Leben auch in schwierigen Situationen zu behalten und ihre soziale Teilhabe nicht zu verlieren. Doch vermittelt der Sozialstaat zurzeit Geborgenheit? Ja, wenn ich ein akutes gesundheitliches Problem habe und sich sofort viele Fachleute in gut ausgestatteten Einrichtungen um mich kümmern. Nein, wenn wir an die kühle, distanzierte Regelmäßigkeit der Ämter und an den ständigen Verdacht denken, dass wir uns Leistungen missbräuchlich erschleichen wollen.

Geborgen im Sozialstaat

Geborgen fühle ich mich noch nicht, wenn ich in einer schwierigen Lebenssituation weiß, ich könnte bei einem Amt einen Antrag stellen und vielleicht nach langer Prüfung etwas bekommen. Wenn ich vorsichtig und voller Scham auf jemanden zugehen muss, die die berufliche Aufgabe hat,

skeptisch zu sein, ob mir etwas zusteht. Geborgen fühle ich mich, wenn in einer solchen Situation jemand auf mich zukommt und mich dabei unterstützt, dass ich zu meinem Recht komme. Dafür müsste im System die Sorge größer sein, dass jemand nicht bekommen könnte, was ihr zusteht, als die Sorge, jemand könnte unberechtigterweise etwas bekommen. Wo wäre dafür ein Ansatzpunkt? Zum Beispiel dort, wo es keinen Bezug von Sozialleistungen trotz eines Anspruchs gibt („non take up“).

Ein großer Teil der Leistungen des Sozialstaates besteht nicht aus Geldleistungen, sondern aus Daseinsvorsorge in Form des Gesundheits- und des Bildungswesens, des öffentlichen Verkehrs, der Wasser-, Gas- und Stromversorgung, der Abwasserentsorgung u.v.m. Bei Geborgenheit fällt uns wohl als erstes das Dach über dem Kopf und die geheizte Wohnung ein. Und auch die Antwort auf die Frage, in welchem Land ich schwanger sein und ein Kind bekommen möchte, kann zu recht mit Geborgenheit in Verbindung gebracht werden. Mangelnde Fortschritte oder Verschlechterungen im Gesundheitswesen ebenso wie Probleme bei den Kindergärten, Schulen und Hochschulen wirken sich unmittelbar darauf aus, wie geborgen man sich fühlen kann. Gleicher Zugang für alle und bestmögliche Qualität sind entscheidend. Wenn ich im Ernstfall nicht die beste verfügbare medizinische Versorgung bekomme oder meine Kinder nicht die Chance auf die beste verfügbare Bildung haben, werde ich mich weniger geborgen fühlen. Wenn es nun die beste Gesundheitsversorgung und Bildung bei Privatärzt:innen und in Privatschulen gibt, und der Zugang dazu vom Geldbörstel abhängt, dann liegt hier ein offensichtliches Problem: Denn das vermittelt ja allen anderen, dass sie nicht das Bestmögliche bekommen.

“

Geborgen fühle ich mich, wenn in einer schwierigen Lebenssituation jemand auf mich zukommt und mich dabei unterstützt, dass ich zu meinem Recht komme.

Gute Erwerbsarbeit

Wir leben in einer Arbeitsgesellschaft, deshalb ist es für die soziale Teilhabe sehr wichtig, Erwerbsarbeit zu haben. Die Sicherheit des Einkommens, Zugehörigkeit zu einer Organisation und erfahrene Wertschätzung kann Geborgenheit vermitteln. Erwerbsarbeitslosigkeit ist eine Erfahrung des Ausschlusses, der sich durch Verlust sozialer Kontakte und Stigmatisierung zu umfassender sozialer Ausgrenzung entwickeln kann. Entsprechend wichtig sind Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik, welche den Zugang zu Erwerbsarbeit für möglichst alle offen halten. Eine Arbeitsplatzgarantie bietet allen eine sinnvolle und gesellschaftlich nützliche Arbeit, denen die Betriebe über längere Zeit die Mitarbeit verwehren. Doch keineswegs alle Jobs sichern soziale Teilhabe und Anerkennung. Niedriglöhne und kurzfristige, unsichere Beschäftigung bieten nur die Mühe, nicht aber die Belohnungen der Erwerbsarbeit und lösen das Versprechen dazuzugehören bei weitem nicht ein. Geborgen kann ich mich nur in guter und gesicherter Arbeit fühlen, nicht aber, wenn ich meine Gesundheit dabei ruiniere, nicht genug für die Miete verdiene und nicht weiß, ob ich den Job in der nächsten Woche noch habe.

Und die Identitätspolitik?

Doch ist es nicht gerade ein Fehler progressiver, linker Politik gewesen, zu sehr auf das Materielle, auf Fragen der Verteilung zu setzen? Wurde sie nicht vom Vordringen der Identitätspolitik kalt erwischt? Und sind nicht gerade Fragen der Identität für Heimat und Geborgenheit zentral? Ja und nein. Ja, es geht vielen Menschen ab einem gewissen Niveau materieller Absicherung vor allem um Anerkennung. Meine Identität, meine Selbstachtung muss ich von anderen bestätigt bekommen. Nichtbeachtung, Abwertung und Stigmatisierung schädigen meine Identität. Im Kulturkampf der Rechten wird das umgedreht: Die Überwindung der Nichtbeachtung, Abwertung oder Stigmatisierung von Frauen, nicht-binären Personen, Homosexuellen, Schwarzen, Juden und anderen Gruppen wird als Angriff auf die Identität der derzeit Bevorzugten umgedeutet. Und es wird unzulässigerweise von kollektiven Identitäten bis hin zum Völkischen fantasiert. Geborgenheit im rückwärtsgewandten rechtsextremen Heimatbegriff verbindet Zugehörigkeit einer bestimmten Gruppe mit Zwang zur Konformität. Dagegen sollte ein progressives Verständnis von Geborgenheit die Anerkennung sowohl als gleich als auch als anders und als besonders einschließen.

A propos gleich: In Hanssons „Volksheim“ stand Gleichheit in einem durchaus materiellen, ökonomischen Sinn ganz im Zentrum. Die Idee des

**WEITERE INFORMATIONEN
UND LITERATUR**

- Heitzmann, Karin et al. (2024): **Armutsfester Sozialstaat der Zukunft**, in: Sozialbericht 2024, Band II. Wien: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz.
- Hansson, Per Albin (1928): **Rede in der Zweiten Kammer des Reichstags am 18. Januar 1928.**

guten Heims, „auf das Volks- und Mitbürgerheim angewandt, würde (...) den Abbau aller sozialen und ökonomischen Schranken bedeuten, die nun die Bürger in Privilegierte und Benachteiligte, in Herrschende und Beherrschte, in Arme und Reiche, in Begüterte und Verarmte, in Ausplünderer und Ausgeplünderte teilt“.



© Skokantech-Fotografie

JÖRG FLECKER

ist seit 2013 Professor für Allgemeine Soziologie am Institut für Soziologie der Universität Wien. Davor war er wissenschaftlicher Leiter der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA).

THESE:

„Eine **Jobgarantie** hat langfristige positive Auswirkungen auf die Wirtschaft, sowie auf die psychosoziale Stabilität der Menschen und der Gesamtgesellschaft.“

SVEN HERGOVICH

Die berühmte Marienthalstudie „Die Arbeitslosen von Marienthal“ von Marie Jahoda, Paul Lazarsfeld und Hans Zeisel zeigte in den frühen 1930ern die dramatischen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf das Leben der Menschen im 3.700-Einwohner:innen-Ort Gramatneusiedl im Bezirk Bruck an der Leitha in Niederösterreich.

Mit dem Modellprojekt Arbeitsplatzgarantie Marienthal (MAGMA) hat das AMS Niederösterreich in den Jahren 2020-2024 am Ort der berühmten Studie ein innovatives Arbeitsmarktprojekt umgesetzt, das sich vielfach bewährt hat. Mehr als 100 Langzeitarbeitslose haben einen Job vermit-

telt bekommen. Dieser wurde ihnen garantiert, deshalb auch der Name Jobgarantie. Den Job konnten sie freiwillig annehmen und er wurde in der Höhe des Kollektivvertrags bezahlt. Die Langzeitarbeitslosigkeit im Bezirk wurde so durch das Projekt MAGMA abgeschafft. Waren vor dem Projekt stets mehr als 10 % der Arbeitslosen im Bezirk langzeitarbeitslos, so hat sich dieser Wert im Projektzeitraum auf null reduziert. Auch die Gesamtarbeitslosigkeit im Ort ging stark zurück. Die Zahl der Arbeitslosen ging in der Region signifikant stärker zurück als in einer von Wissenschaftler:innen erstellten fiktiven Vergleichsgemeinde, die aus Vergleichsdaten aller niederösterreichischen Gemeinden modelliert war.



*Die allermeisten
Arbeitslosen nützen
Beschäftigungschancen
sehr gerne, wenn man
ihnen die Möglichkeit
einer sinnstiftenden
Arbeit mit angemessenem
Lohn bietet.*

Dauerhafte neue Beschäftigungsmöglichkeiten

Immer wieder fanden die Teilnehmer:innen auch Beschäftigung in der Privatwirtschaft. Etwa 30 von 100 Teilnehmer:innen ist das gelungen. Eine Teilnehmerin wurde beispielsweise in einem Bestattungsunternehmen als Urnen-Bemalerin beschäftigt. Der Verein „Pferde stärken“ für tiergestützte Therapieformen konnte dank der Beschäftigung von MAGMA-Teilnehmer:innen mehr Menschen Therapien anbieten, der Ort Gramatneusiedl gestaltete Gemüsegärten zum Selberpflücken. Diese und zahlreiche andere Projekte wurden umgesetzt. Die unabhängige, wissenschaftliche Begleitung des Projekts durch die Universitäten Oxford und Wien hat gezeigt, dass die allermeisten Arbeitslosen Beschäftigungschancen sehr gerne nützen, wenn man ihnen die Möglichkeit einer sinnstiftenden Arbeit mit angemessenem Lohn bietet. Das Leben der ehemaligen Langzeitarbeitslosen verbesserte sich massiv.

Drei Viertel der MAGMA-Teilnehmenden können sich nun dringend benötigte Anschaffungen leisten. Vor dem Projektstart war das nur bei der Hälfte der Fall. Die Teilnehmenden sind glücklicher. 73% haben das Gefühl, Herausforderungen bewältigen zu können. Vor dem Projekt war das nur bei 46% der Fall. Auch die psychische Gesundheit, das Selbstvertrauen sowie Beziehungen und Freundschaften der Teilnehmer:innen wurden gestärkt.

Dabei sind keinerlei Mehrkosten entstanden, ganz im Gegenteil: Die Verwaltung des Systems Langzeitarbeitslosigkeit ist enorm teuer, 30.000 Euro jährlich kostet das unsere Gesellschaft pro langzeitarbeitsloser Person. Bei MAGMA wurde das Geld nicht in Verwaltung und Betreuung der Langzeitarbeitslosigkeit, sondern in ihre Beseitigung investiert. Die Kosten für das Modellprojekt waren sogar etwas niedriger.

Europa setzt auf das Modellprojekt Marienthal

Ganz ohne Mehrkosten konnte so die Langzeitarbeitslosigkeit beendet, die Gesundheit verbessert und auch die Wirtschaft gestärkt werden. Denn zahlreiche Teilnehmer:innen sind über das Projekt MAGMA wieder in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis gekommen. Das internationale Medienecho für das innovative Projekt ist enorm.

Es hat sich so bewährt, dass es der EU-Kommission als Vorbild für ein eigenes Projektbudget diente. 23 Millionen Euro stehen für Arbeitsmarktprojekte nach diesem Vorbild in ganz Europa zur Verfügung. Kürzlich machte sich der zuständige EU-Kommissar Nicolas Schmit auch selbst vor Ort ein Bild vom Projekt. Er setzt sich dafür ein, solche Projekte in ganz Europa umzusetzen. Auch

der UNO-Sonderberichterstatter für Armut und Menschenrechte bezeichnet das Projekt als vorbildlich. In Niederösterreich wurde das Projekt bedauerlicherweise 2024 von der schwarz-blauen Landesregierung eingestellt.

WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR

- Gress, Johannes (2023): Gramatneusiedl: Wie sich eine Jobgarantie auf Langzeitarbeitslosigkeit auswirkt, in: Kompetenz – Mitgliederzeitschrift der GPA-djp, 12.9.2023.
- Petter, Jan & Rakoš, Mafalda (2023): Als Gramatneusiedl die Arbeitslosigkeit abschaffte, in: Spiegel, 4.12.2023.

SVEN HERGOVICH

ist Landesparteivorsitzender der SPÖ Niederösterreich und Niederösterreichs Kontroll-Landesrat. Er ist studierter Volkswirt und war Landesgeschäftsführer des AMS NÖ. Hergovich ist Initiator des Klimaschutz-Ausbildungszentrums im Waldviertel und des Modellprojekts Arbeitsplatzgarantie Marienthal.



© SPÖ, Jäger

THESE:

„Ein armutsfester Sozialstaat ist ein Garant für ein gutes Leben für alle.“

KARIN HEITZMANN

Ein Sozialstaat verfolgt im Wesentlichen zwei Ziele, die im Kontext der Armutsbekämpfung relevant sind (z.B. Badelt/Österle 2001: 9ff): das Sicherungsziel und das Gerechtigkeitsziel.

Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit als Leitziele eines armutsfesten Sozialstaates

Nach dem Sicherungsziel soll Sozialpolitik absolute Benachteiligungen von Menschen vermeiden oder verringern, indem ein angemessener Mindestlebensstandard für alle Mitglieder einer Gesellschaft gewährleistet wird. Es geht also um die Verhinderung bzw. Bekämpfung von absoluter Armut in einem reichen Wohlfahrtsstaat wie Österreich. Gemäß dem Gerechtigkeitsziel soll Sozialpolitik Ungleichheiten reduzieren, um relative Benachteiligungen bestimmter sozialer Gruppen zu verhindern oder zu verringern. Dabei geht es sowohl um den Abbau vertikaler Ungleichheiten

(d.h. einer zu großen Kluft zwischen Arm und Reich) als auch um den Abbau horizontaler Ungleichheiten (d.h. einer zu großen Kluft zwischen sozioökonomischen Gruppen, z.B. zwischen Männern und Frauen oder Jungen und Alten). Beim Gerechtigkeitsziel geht es also auch um die Vermeidung bzw. Bekämpfung von relativer Armut (Heitzmann/Staudinger 2024).

Wie kann nun ein armutsfester Sozialstaat beide Ziele erreichen und damit ein gutes Leben für alle gewährleisten?

Wirksame Sozialpolitik verhindert Armut

Im Idealfall führen die gewählten sozialpolitischen Maßnahmen dazu, dass niemand Armut erfahren muss. Da die Wege in die Armut gut erforscht sind, kann auf diesem Wissen aufgebaut werden, um Menschen vor prekären Lebenslagen zu bewahren.

Ein wichtiger Hebel zur Vermeidung von Armut ist beispielsweise die Integration in den Arbeitsmarkt. Dazu kann der Sozialstaat Maßnahmen ergreifen, die dazu beitragen, die Möglichkeiten zur (dauerhaften) Erwerbsbeteiligung für alle Gruppen zu sichern bzw. zu verbessern. Beispiele sind Angebote der Kinder- und Altenbetreuung, der Bildung, der Qualifizierung, der Arbeitsvermittlung der Gesundheitsversorgung und der Wohnungspolitik. In allen Bereichen sollten die entsprechenden Maßnahmen armutsfest gemacht werden bzw. entsprechende Lücken in bestehenden Angeboten geschlossen werden, um die Armutsprävention zu verbessern.

Ein weiterer Ansatzpunkt für die (Weiter-)Entwicklung eines armutsfesten Sozialstaates ist die Stärkung und Verankerung von (sozialen) Grundrechten, in denen auch das Bekenntnis zu einem armutsfesten Sozialstaat verankert werden sollte.

Die Umsetzung einer universellen Grundversorgung für alle (universal basic services) würde zudem die Einhaltung von Mindestlebensstandards sicherstellen und die Entstehung von absoluter Armut verhindern. Darüber hinaus verbessert eine universelle Grundversorgung die Chancengleichheit und Teilhabe benachteiligter Haushalte, was sich positiv auf die Reduzierung relativer Armut auswirkt. Attraktiv ist dieser Ansatz, weil bei der Implementierung und Umsetzung entsprechender Programme an das bereits bestehende Angebot an Sach- und Dienstleistungen angeknüpft werden kann, das es weiter auszubauen und zu ergänzen gilt. Denn damit möglichst wenige Menschen in Armut leben müssen, kann die Bedeutung eines Sozialstaates, der dies mit seinem ‚Standardprogramm‘ verhindert, nicht hoch genug eingeschätzt werden.

“

Es gibt im österreichischen Sozialstaat bereits gut funktionierende Maßnahmen, die weiterentwickelt und ausgebaut werden sollten.

Wo Prävention nicht greift, muss Armut mit maßgeschneiderten Maßnahmen bekämpft werden

Wenn absolute Armut nicht verhindert und relative Armut nicht verringert werden kann, müssen Maßnahmen ergriffen werden, die auf die Lebensumstände und Bedürfnisse der Betroffenen zugeschnitten sind (vgl. dazu z.B. Dawid/Heitzmann 2022). Um dies zu erreichen, ist ein personenzentrierter Ansatz erforderlich, der sich auf die Bewältigung des Status quo konzentriert und gleichzeitig die zukünftige Sicherung und Entwicklung berücksichtigt. Dabei geht es nicht nur um die Bekämpfung der Symptome von Armut, sondern möglichst auch um die Bekämpfung ihrer Ursachen.

Auch bei einer Neuausrichtung der kurativen Armutspolitik geht es nicht primär darum, zusätzliche oder neue Maßnahmen zur Armutsbekämpfung in Österreich zu implementieren. Vielmehr geht es darum, die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit des bestehenden Instrumentariums insbe-

sondere im Hinblick auf das Ziel der Sicherung von Mindeststandards zu verbessern. Ein regionales, multiprofessionelles und einzelfallbezogenes Case Management, wie es z.B. im Rahmen der Frühen Hilfen (<https://fruehehilfen.at>) für die Zeit der Schwangerschaft und frühen Kindheit umgesetzt wird, hat sich in Österreich diesbezüglich als effektiv erwiesen (Marbler et al. 2023). Generell funktioniert eine kurative Armutspolitik durch die Stärkung der sozialen Infrastruktur und der (auch aufsuchenden) sozialarbeiterischen und sozialpädagogischen Arbeit, die diskriminierungsfrei, niederschwellig und für alle Menschen, die sie benötigen, zugänglich sein muss.

Wie das Beispiel der Frühen Hilfen zeigt, gibt es im österreichischen Sozialstaat bereits gut funktionierende Maßnahmen, die weiterentwickelt und ausgebaut werden sollten. Maßnahmen, die sich in diesem Zusammenhang als wenig hilfreich erwiesen haben, wie z.B. die Sozialhilfe neu (<https://www.armutskonferenz.at/sozialhilfeehebung>), sind hingegen im hier vorgeschlagenen Sinne zu reformieren.

WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR

- Badelt, Christoph & Österle, August (2001): Grundzüge der Sozialpolitik. Allgemeiner Teil: Sozialökonomische Grundlagen. Wien: Manz.
- Dawid, Evelyn & Heitzmann, Karin (2022): Wirkung der Wiener Mindestsicherung auf Bezieherinnen und Bezieher: Endbericht (Studie im Auftrag der Stadt Wien). Wien: INEQ.
- Heitzmann, Karin & Staudinger, Jeremias (2024): Was ist ein "armutsfester" Sozialstaat? In: BMSGPK (Hg.): Sozialbericht 2024, Band II: Sozialpolitische Analysen. Wien: BMSGPK. 178-191.
- Marbler, Carina / Sagerschnig, Sophie / Scolik, Fiona / Winkler, Petra (2023): Frühe Hilfen: Zahlen, Daten und Fakten 2022. Wien: Gesundheit Österreich GmbH.

KARIN HEITZMANN

ist ao.Universitätsprofessorin am Institut für Sozialpolitik und Leiterin des Forschungsinstituts Economics of Inequality (INEQ) an der Wirtschaftsuniversität Wien. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Armuts-, Wohlfahrtsstaats- und Ungleichheitsforschung.



© WU Wien

THESE:

„Ein sozialer und progressiver Staat schafft offene, soziale Räume für alle: in der Kultur, der Bildung oder auch im Sport.“

VERONICA KAUP-HASLER

Der Bestandsanalyse vieler Intellektueller und Sozialwissenschaftler:innen, wonach westliche Demokratien „unter Druck“ stünden (Lisowski 2023) oder gar „Zerfallserscheinungen zeigen“ (Calhoun et al. 2024) geht naturgemäß ein langer gesellschaftlicher Prozess voraus. Wie der Sozialwissenschaftler Craig Calhoun und seine Mitautoren postulieren, „spiegeln Zerfallserscheinungen die Erosion der sozialen Grundlagen der Demokratie wider“ (ebd: 33).

Selbstverständlich kann und soll dieser Text nicht die sozialen Grundlagen einer Demokratie verhandeln, sind sie doch viel zu mannigfaltig und in komplexer Weise miteinander verwoben.

Wo stehen wir als Gesellschaft?

Ich bin aber der festen Überzeugung, dass Dialog bzw. Austausch und Solidarität zwei grundlegende Eckpfeiler einer lebhaften Demokratie darstellen. Seitdem klassische Medien, die mehr oder weniger einen gemeinsamen Referenzrahmen der Wirklichkeit schufen, zunehmend von individuell-algorithmisierten Newsfeeds ersetzt werden, treten soziale Normen und solidarisches Verhalten in Diskussionen in den Hintergrund, Interaktion wird vor allem durch den Markt diktiert.

Gleichzeitig wird das Ideal einer solidarischen Gesellschaft durch einen neoliberalen Diskurs unterminiert, der sozioökonomisch Schwächer-



Kunst und Kultur schaffen Begegnungen, welche unerlässlich sind für das Begreifen anderer Lebensrealitäten und für Solidarität in einer Gemeinschaft.

gestellten direkt oder indirekt Ignoranz und tendenziell einen Willen zum Scheitern unterstellt.

Dabei schränkt der Neoliberalismus gerade als „Instrument zur Restauration der Klassenmacht“ (Harvey 2007: 43) ganz bewusst gesellschaftspolitische Möglichkeitsräume ein, um so weniger privilegierten Bürger:innen Räume des Sprechens und der Kollektivierung zu nehmen. In den Sozialwissenschaften werden Themen zur zunehmenden Isolierung von Menschen und Singularisierungsprozesse in Gesellschaften bereits seit langem diskutiert und mit unzweideutigen empirischen Erhebungen untermauert. Die Analyse des Soziologen Alain Ehrenberg „Das Unbehagen in der Gesellschaft“ (2012) stellt einen anschaulichen Versuch dar, die Beziehung von neoliberaler Politik und vereinsamer Individualisierung zu erklären.

In dieser Broschüre werden verschiedenste Strategien und Positionen für einen progressiven Staat, der sich durch seine Politik selbst demo-

kratisch legitimiert, vorgestellt. Ein Versuch einer Antwort auf die Frage, welchen Beitrag Kultur dabei leisten kann, wird im Folgenden gegeben.

Was tun?

Die persönliche Bestandsaufnahme des ersten Teils nährt meine kulturpolitische Überzeugung, dass ein zentraler Punkt progressiver Kulturpolitik sein muss, Bürger:innen und Kollektive dabei zu unterstützen, sowohl alte als auch neue soziale Räume zu schaffen. Denn so verstanden sind Kunst und Kultur essenziell für uns als Gesellschaft für eine freie und demokratische Gemeinschaft und tragen zu einer demokratischen Zivilgesellschaft bei. Sie laden anhaltend dazu ein, sich selbst und die Gesellschaft zu reflektieren; sie ermutigen dazu, visionär zu denken, alternative Haltungen zu entwickeln und Handlungen zu setzen. Eine lebendige Zivilgesellschaft braucht Räume, die sich für das Nachdenken über Differenz und komplexe Inhalte öffnen, Fragestellungen und Herausforderungen neu interpretieren, Risse in der Gesellschaft aufzeigen und auch mitunter unpopuläre Ideen und visionäre Konzepte erörtern. Die Fragen, was uns ausmacht, wo wir stehen, wie wir uns als Gemeinschaft der Vielen in all ihrer Diversität definieren und von welcher zukünftigen Gesellschaft wir träumen, werden in der Kunst zentral verhandelt.

Kunst und Kultur, dezentral und für alle, erzeugen ein rhizomatisches Netz von Räumen des Reflektierens und des Austauschs in der Stadt. Sie schaffen Begegnungen, aus denen sich Austausch und Dialog formen, welche unerlässliche Komponenten für Empathie, für das Begreifen anderer Lebensrealitäten und für Solidarität in einer Gemeinschaft sind. Sie materialisieren den Begriff von ‚Gesellschaft‘, evozieren Fragen über Identi-

tät – sei es auf individueller oder gesellschaftspolitischer Ebene – und fördern politisches Denken und Handeln. Dafür stehe ich als Bürgerin, Kulturpolitikerin und Verfechterin eines progressiven Staates für die Vielen.

WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR

- Calhoun, Craig / Gaonkar, Dilip Parameshwar / Taylor, Charles (2024): Zerfallserscheinungen der Demokratie. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Harvey, David (2007): Kleine Geschichte des Neoliberalismus. Zürich: Rotpunktverlag.
- Lisowski, Rainer (2023): Unter Druck – Westliche Demokratie zwischen innerer Überforderung und äußerer Herausforderung. Münster: Lit Verlag.
- Stadt Wien (2023): Wiener Kulturstrategie 2030.
- Ehrenberg, Alain (2012): Das Unbehagen in der Gesellschaft. Berlin: Suhrkamp Verlag.

VERONICA KAUP-HASLER

ist seit Mai 2018 amtsführende Stadträtin für Kultur und Wissenschaft in Wien und Mitglied der Wiener Landesregierung. Vor ihrem Wechsel in die Politik arbeitete Kaup-Hasler über zwanzig Jahre als Kuratorin, Dramaturgin und Kulturmanagerin.



THESE:

„Migrant:innen und sogenannte ‚Fremde‘ dürfen nicht als Konkurrenz und Gefahr gesehen werden. Österreich braucht ein neues, solidarisches ‚Wir‘, das unsere Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.“

VEDRAN DŽIHIC

Seit den frühen 1990er Jahren wird die Furcht vor Migrant:innen, vor dem ‚Fremden‘, den ‚Anderen‘ ganz allgemein, von der FPÖ und den rechten Kreisen in Österreich systematisch genährt. Heute mehr denn je wird daran gearbeitet, Gesellschaft zu spalten. „Politik mit der Angst“ (Wodak 2020) ist in der Zwischenzeit längst im Mainstream der österreichischen politischen Landschaft angekommen. In heutigen politischen Debatten und verstärkt in Zeiten von Wahlkämpfen (wie im Vorfeld der Nationalratswahl in Österreich im September 2024) überlagert die Frage der Migration und der Integration sehr viele andere politische und soziale Fragen. Migration und Asyl werden als zentrales Problem dargestellt und politisch instrumentalisiert.

Wie und was kann man dagegen tun?

Zu Beginn braucht es Fakten. Migration ist ein Teil der österreichischen Erfolgsgeschichte. Man soll sich Österreich nur einen einzigen Tag ohne seine Migrant:innen aus allen Generationen vorstellen – es würde still stehen. Dies ist nicht zuletzt in der Corona-Pandemie sichtbar geworden.

Weiters braucht es statt populistischer Angstmache Investitionen in eine moderne Migrations- und Integrationsgesetzgebung und -praxis, die nicht auf Abwehrhaltung aus ist. Dazu gehört vor allem auch ein modernes Staatsbürgerschaftsgesetz, das Inklusion und politische Beteiligung ermöglicht und damit das Zugehörigkeitsgefühl

stärkt. Wenn im Bereich der Staatsbürgerschaftsvergabe die Abwehrhaltung dominiert, kommt es zu Entfremdungsprozessen von all jenen, die Österreich als zweite oder neue Heimat sehen, die aber über die zentralen politischen und sozialen Fragen im Land, die sie direkt betreffen, nicht entscheiden dürfen. Dort wo es im Bereich der Migration und Integration Probleme und Konflikte gibt, zum Beispiel in manchen Schulen oder mit manchen Jugendgruppen, soll investiert werden: Es braucht mehr Personal, zeitgemäße Integrationspolitik, Dialog.

Es ist zentral, dass man gegen das öffentliche Klima der Angstmache ankämpft, nicht schweigt, die menschenverachtenden Pläne der Rechtsextremen an den Pranger stellt, sich generell engagiert. Ein Beispiel für ein positives gesellschaftliches Engagement war die Reaktion auf die rechtsextremen Pläne zur ‚Remigration‘, die Anfang 2024 im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit standen. Millionen Menschen in Deutschland und in Österreich standen auf und sagten laut Nein. Nein zur Ausgrenzung, Nein zur Menschenverachtung, Nein zu autoritären Fantasien der extremen Rechten. Und Ja zu einem bunten, vielfältigen, solidarischen Deutschland und Österreich.

Solidarität und Empathie als politische Kategorien

Pluralität und Diversität sind längst nicht nur Normalität, sondern auch ein Markenzeichen dieses Landes. Die Verteidigung der pluralen Demokratie in Österreich gegen die rechtspopulistischen und autoritären Gefahren muss zur höchsten Priorität werden. Aus diesem Abwehrkampf gegen die Ausgrenzung und die autoritäre Neuordnung von Staat und Gesellschaft entstehen neue Solidaritätsnetzwerke. Die Solidarität



Pluralität und Diversität sind längst nicht nur die Normalität, sondern auch ein Markenzeichen dieses Landes.

jener, die sich beispielsweise für Menschen auf der Flucht und Migrant:innenrechte einsetzen, vernetzt sich mit dem Engagement jener, die gegen die Umweltverschmutzung oder den ausschließenden xenophoben und rassistischen Diskurs der neuen Rechten kämpfen. Aktives zivilgesellschaftliches Engagement für einen besseren Sozialstaat oder ein bedingungsloses Grundeinkommen beispielsweise verbindet sich mit jenen Diskursen, die die neuen und alten Ungleichheiten zwischen Geschlechtern in Zeiten der Pandemie thematisieren. Empathie ist schließlich nicht nur ein zwischenmenschliches Gefühl, sondern auch eine politische Kategorie, ja eine Grundvoraussetzung für ein funktionierendes demokratisches Gemeinwesen.

Hinter den derzeitigen Debatten rund um Fragen von Migration, Asyl und Integration, die von der „Politik mit der Angst“ und der Abwehrhaltung dominiert sind, steckt eine Vision der Gesellschaft, die man mit dem Begriff der Retrotopie von Zygmunt Baumann sehr gut beschreiben kann. Diese Vision der Gesellschaft schöpft aus der untoten Vergangenheit der ‚reinen‘ österreichischen Nation. Man träumt von einem Volk, einer Nation, oder – um an die Debatte über die Leitkultur anzuschließen – einer Kultur, die es

aber in dieser Reinheit im Grunde nie gab. Heute mehr denn je braucht es Politiken und Engagement, die diesen Retrotopien eine positive – progressive, liberale, gleichberechtigte – Zukunftsvision entgegensetzen.

Ein neuer Gesellschaftsvertrag

Es ist also Zeit für einen neuen sozialen Gesellschaftsvertrag, in dem Empathie und Sorge für die oder den Anderen Vorrang vor parteipolitischen und sonstigen Partikularinteressen haben müssen. Wenn es dem schwächsten Glied der Gesellschaft so schlecht geht, dass es die anderen, denen es besser geht, nur mehr verachtet, ist der soziale und gesellschaftliche Zusammenhalt schon so weit kaputt, dass er kaum mehr repariert werden kann. Der Weg zu dieser positiven Zukunftsvision ist kein einfacher. Auf diesem Weg ist es zentral, dass man Verantwortung übernimmt. „(D)as Leben eines denkenden und mitfühlenden Menschen“, so Zygmunt Bauman, „ist zum Risiko, zur Unsicherheit und zur Verantwortung verdammt“ (Bauman 1998).

Verantwortung übernehmen beginnt aber mit einem konstitutiven Akt – mit der Empathie für die Schwächsten, für die Marginalisierten, für die, die den Anker suchen und so dringend benötigen. Ihre Perspektive muss man sich zu eigen machen.

WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR

- Bauman, Zygmunt (1998): Ein Mensch, der denkt, zwischen Scylla und Charybdis: Die Rede von Zygmunt Bauman, der in der Paulskirche den Theodor W. Adorno Preis 1998 erhielt. Frankfurter Rundschau, 14.9.1998.
- Wodak, Ruth (2020): Politik mit der Angst. Die schamlose Normalisierung rechtspopulistischer und rechtsextremer Diskurse. Wien: Edition Konturen.

VEDRAN DŽIHIĆ

ist Senior Researcher am Österreichischen Institut für Internationale Politik (oiip) und Politologe an der Universität Wien.

Sein neues Buch „Ankommen“ erschien im August 2024 bei Kremayr & Scheriau.



© Stephan Oszvath

THESE:

„Halten – Entfalten – Gestalten sind die zentralen Begriffe für ein Bildungssystem, das Gerechtigkeit herstellen kann.“

DANIELA GRUBER-PRUNER

Die Basis allen Lernens ist Halt. Um erfolgreich lernen zu können, neue Inhalte und Erkenntnisse erarbeiten und aufnehmen zu können, sich selber in der Welt reflektieren zu können, braucht es ein Grundmaß an Bereitschaft und Offenheit. Voraussetzung dafür ist das individuelle Gefühl von Sicherheit und Stabilität. Wir Kinderfreunde nennen es Halten – ganz im Sinne der Kinderrechtskonvention, die von grundlegendem Schutz für alle Kinder spricht. Nur wer angstfrei ist, eine gewisse Wertschätzung spürt, sich sozusagen wohl fühlt, kann sich auf Bildungsprozesse einlassen. Das gilt für Lernende und Lehrende im Bildungssystem gleichermaßen.

Das Ziel von Bildung ist Entfaltung

Kinder kommen mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen in die Bildungseinrichtungen und bewältigen ihre Bildungslaufbahn mit denkbar ver-

schiedenen zur Verfügung stehenden Ressourcen. Dass diese Faktoren ihren Erfolg maßgeblich beeinflussen, wissen wir. Dennoch wird weitestgehend ignoriert und in Kauf genommen, dass es manche Kinder um ein Vielfaches schwerer haben in diesem System erfolgreich zu sein als andere, oder gar ihre Bildungskarriere nicht positiv abschließen können.

Bildungseinrichtungen hätten allerdings das Potenzial, diese unterschiedlichen Voraussetzungen – zumindest weitgehend – abzufangen und damit allen Lernenden die Möglichkeit zu eröffnen, sich bestmöglich entwickeln und entfalten zu können. Wir Kinderfreunde sprechen von Entfaltung – ganz im Sinne der Kinderrechtskonvention, die von Fürsorge und Versorgung aller Kinder spricht: einerseits durch die Bereitstellung von Essen, durch ganztägige Betreuung, durch das Angebot an Freizeitaktivitäten für alle Kinder. Und andererseits strukturell durch das Zurverfügungstel-



*Bildungseinrichtungen
hätten das Potenzial,
unterschiedliche
Voraussetzungen
abzufangen.*

len von mehr Spielräumen und Gestaltungsmöglichkeiten dort, wo die Herausforderungen größer sind. Jedenfalls braucht es mehr erwachsene Personen unterschiedlicher Qualifikationen, um allen Kindern und Jugendlichen gerecht werden zu können und ihre Entfaltung und ihren Lernerfolg bestmöglich zu begleiten. Dadurch könnten unterschiedliche Startbedingungen ausgeglichen und der Einfluss unterschiedlicher familiärer Ausgangsbedingungen minimiert werden.

Im Sinne der Demokratie müssen Bildungseinrichtungen Gestaltung ermöglichen

Alle im Bildungssystem Beteiligten müssen an der Gestaltung der Gegebenheiten und ihrer jeweiligen Rolle mitwirken können. Wenn Pädagogik als gemeinsamer Aushandlungsprozess verstanden und aktiv gestaltet wird, können dabei wesentliche Kenntnisse und Erfahrungen von demokratischen Strukturen angeeignet werden.

Die Erwachsenen – als Mitarbeiter:innen in den Bildungseinrichtungen, aber auch als Erziehungsberechtigte – und die Kinder und Jugendlichen begegnen einander dabei gleichberechtigt. Wir Kinderfreunde nennen es einerseits das aktive Gestalten der eigenen Lebensbedingungen, aber auch die gemeinschaftliche Gestaltung des gemeinsamen Lebensraumes und der Zukunft – ganz im Sinne der Kinderrechtskonvention, die von Teilhabe und Beteiligung aller Kinder spricht.

Halten – Entfalten – Gestalten sind die drei tragenden Säulen für ein gutes Leben für jede:n Einzelne:n, für ein gerechtes Bildungssystem und für eine demokratische Zukunft der Gesellschaft.

WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR

- Österreichische Kinderfreunde (2019): Die Kinderfreunde-Pädagogik.
- UN-Generalversammlung (1989): UN-Konvention über die Rechte des Kindes.

DANIELA GRUBER-PRUNER

ist Bundesrätin und Bundesgeschäftsführerin der Österreichischen Kinderfreunde. Sie ist Vorsitzende des Kinderrechte-Ausschusses im Bundesrat. Sie hat ein Studium der Pädagogik und Sonder- und Heilpädagogik abgeschlossen.



**TEIL 2****Wohnen und Mobilität**

Hitzewellen und Extremwetter machen mittlerweile auch im Alltag immer deutlicher spürbar, dass schnelle und wirkungsvolle Klimapolitik dringend nötig ist. Dazu gehört auch, den Menschen ein klimafreundliches Leben zu ermöglichen – also jene Strukturen zu schaffen, die für die Einzelnen ein gutes Leben innerhalb der planetaren Grenzen möglich machen und nahelegen. Wie wir wohnen und wie wir uns von A nach B bewegen, wird im Allgemeinen als private Entscheidung betrachtet. Grundlage und Rahmen dafür sind allerdings politische Entscheidungen über Infrastrukturen, Förderungen und Flächenwidmung, und weitergehend auch gesellschaftlich-kulturelle Vorstellungen darüber, welche Lebensgestaltung und Konsumformen erstrebenswert sind.

Welche Strukturen braucht es für klimafreundliches Wohnen und Mobilität, wo ansetzen?

THESE:

„Nur durch kompaktes Bauen kann der Bodenverbrauch reduziert werden. Das ‚Staddorf‘ ist die Antwort auf Klimakrise und Energiewende.“

RUTH BECHER

Österreich zersiedelt sich. Wildwuchs statt kontrolliertem Wachstum prägen auch das 21. Jahrhundert. Die aktuelle Bundesregierung hat bei einem der brennendsten Probleme unserer Zeit nichts weitergebracht. Bauflächen und Straßen sind für fast drei Viertel des Bodenverbrauchs in Österreich verantwortlich. Mittlerweile beanspruchen die Bau- und Verkehrsflächen in Österreich bereits 5.400 Quadratkilometer, das entspricht der doppelten Fläche Vorarlbergs. Besonders stark ist der Flächenverbrauch für den Straßenverkehr gestiegen, von 1.440 Quadratkilometern im Jahr 1990 auf fast 2.000 Quadratkilometer. Allein in Niederösterreich betragen die Straßenflächen knapp mehr als 600 Quadratkilometer, in der Steiermark und in Oberösterreich sind es jeweils etwas mehr als 340 Quadratkilometer.

Dabei ist völlig klar: Fruchtbare und klimafreundliche Naturflächen dürfen nicht mehr rasend versiegelt werden. Das Idealbild des kleinen Häuschens im Grünen ist wohl doch nicht so ideal, denn es braucht flankierende Infrastruktur und Verkehrswege – und somit noch mehr Versiegelung. Nur durch kompaktes Bauen kann der Bodenverbrauch reduziert werden.

Weniger Verhüttelung und weniger Individualverkehr zwangsweise zu diktieren ist aber kein sinnvoller Weg. Die Lösung muss lauten, mehr Rationalität mit einem Plus an architektonischer Qualität zu verbinden und die Menschen durch mehr Lebensqualität abzuholen.

Die Stadt von morgen, schon heute

Das Beste daran ist, dass die Lösung bereits gefunden wurde. Integrierte Stadtteile, die Arbeit, Freizeit und Wohnen ideal miteinander verbinden, sind ein Beitrag zum Prinzip der Stadt der kurzen Wege. Ein idealtypisches Beispiel dafür ist die Seestadt Aspern. Hier, im Nordosten Wiens, wurden die Rollfelder des ehemaligen Flugfelds Aspern zuerst mit der U-Bahn erschlossen und dann eine moderne Stadt in der Stadt geplant, die nun schrittweise errichtet wird. Mittlerweile gibt es Erfahrungswerte. Für die Bewohner:innen bedeutet das Leben in der Seestadt hohe Wohnqualität. Die Abkehr vom Auto ist hier baulich bedingt naheliegend. Dementsprechend hat der Stadtteil verkehrsberuhigten Charakter und durch die Nahversorgungsmöglichkeiten vor der Tür durchaus auch dörfliche Züge. Trotz verdichteter Bauweise ist es hier vergleichsweise heimelig und fernab urbaner Sterilität.



Integrierte Stadtteile, die Arbeit, Freizeit und Wohnen ideal miteinander verbinden, sind ein Beitrag zur Stadt der kurzen Wege.

Dichte schafft Qualität

Hier können qualitätsvolle Einrichtungen wie Wien Work oder der Bildungscampus hochwertige Angebote schaffen, die in dezentralen Strukturen am Land undenkbar (oder unökonomisch) sind. Ob das „Village im Dritten“ oder die „kleine Seestadt“ in Rothneusiedl: Das Konzept ist in Wien etabliert.

Freilich, der hohe thermisch-energetische Standard und die Möglichkeit nachhaltiger Beheizung durch erneuerbare Energieträger lassen sich auch rural realisieren. Im 21. Jahrhundert braucht es aber mehr, zum Beispiel *Smart Readiness*. Dazu zählen beispielsweise Energieflexibilität und Netzdienlichkeit. Zeitgemäße energieeffiziente Gebäude verfügen über nennenswerte Potenziale, ihren Leistungsbedarf an die volatile Erzeugung von

Solar- und Windenergie anzupassen (z.B. durch Wind-Peak-Shaving) und in diese Prozesse auch die Nutzer:innen aktiv miteinzubeziehen. In der aktuellen Fassung der EU-Gebäuderichtlinie wird ein Smart Readiness Indicator (SRI) eingeführt.

Der Klimawandel verlangt überdies nach einer höheren Anpassungsfähigkeit in Bezug auf das Mikroklima. Zudem werden Maßnahmen zur Reduzierung der städtischen Hitzeinseln gesetzt: Neben der Gewährleistung ausreichender Durchlüftung von Stadtquartieren ist ein ausreichender Durchgrünungsgrad von Freiräumen und Gebäuden gleichermaßen hochwirksam.

Letztlich sind und bleiben moderne Stadtteile Triebfedern der Forschung und Innovation. Beispiele wie das Pilotprojekt der selbstfahrenden Minibusse zeigen, dass es auch im Bereich der Mobilität Potenzial zu optimieren gibt. Der größte Gegner solcher Konzepte liegt in falsch verstandenem Umweltschutz und dem schlechten Image ghettoisierter Stadtteile, die Negativbeispiele aus den 1970er-Jahren stark im kollektiven Bewusstsein verankert haben. Letztlich führt an mehr Dichte aber kein Weg vorbei. Kurzum: Die klimafreundliche Zukunft keimt dort, wo Dichte mit Wohnqualität in Einklang steht.

RUTH BECHER

war Abgeordnete zum Nationalrat und SPÖ-Bereichssprecherin für Wohnen und Bauten. Sie war außerdem Bezirksvorsitzende und Frauenvorsitzende der SPÖ Wien/Donaustadt sowie Vorsitzende der Wiener Mietervereinigung.



THESE:

„Für eine nachhaltige Regionalentwicklung sollte Flächenwidmung nicht nur auf Gemeindeebene entschieden werden, sondern mittels überörtlicher Raumplanung. Außerdem braucht es Ersatzflächen, wenn etwas neu verbaut wird.“

CORNELIA DLABAJA

Wie viel Macht sollen Gemeinden bei der Flächenwidmung haben und wie kann nachhaltige Flächenwidmung in Österreich im Sinne eines schonenden Umgangs mit Böden und Flächen gelingen? Dafür müssten sich Gemeinden mit ihren Nachbargemeinden absprechen und bei Projekten nicht nur innerhalb ihrer eigenen Gemeindegrenzen denken. Mittels der Prinzipien der überörtlichen Raumplanung

müssten Parameter für eine nachhaltige Regionalentwicklung festgelegt werden.

Laut WWF Bodenverbrauchbericht 2023 wurde in Österreich seit dem Jahr 2000 eine Fläche versiegelt, die dreimal so groß ist wie Wien. Österreich ist im europäischen Vergleich diesbezüglich Spitzenreiter. Das gefährdet die Nahrungsmittelsouveränität und die Umwelt.

Kommunale Entscheidungsstrukturen und ihre Auswirkung auf den Flächenverbrauch

Spätestens seit dem Skandal um Grafenwörth und den damaligen Gemeindebundpräsidenten und Bürgermeister Alfred Riedl ist das Thema Flächenwidmung auf Kommunalebene wieder aufgeflammt: Wieder einmal hat sich ein Bürgermeister mittels Widmungstätigkeiten persönlich bereichert. Das Problem mit der Flächenwidmung auf Gemeindeebene ist seit Jahrzehnten bekannt. Was in Grafenwörth passiert ist, ist kein Einzelfall, sondern Teil eines strukturellen Problems: Entscheidungen werden oftmals auf Grundlage von Partikularinteressen getroffen und nicht evidenzbasiert.

Die aktuellen Verwaltungsstrukturen nähren den Boden für Korruption. Warum? Weil die Flächenwidmungsplanung das wichtigste kommunalpolitische Instrument der Gemeinden ist, mit dem sie auch finanzielle Lücken in der Gemeindekasse füllen können. Das wiederum ist der Grund, warum die Gemeinden darauf beharren, das Hoheitsrecht darüber zu behalten.

Ein weiterer Aspekt in dem Kontext ist die Frage, wie mit Boden effektiv umgegangen werden kann, und aus welchen Gründen Boden versiegelt werden darf. Wenn nämlich, etwa aus Spekulationsgründen, in mehreren kleinen Gemeinden ähnliche Infrastrukturen – beispielsweise Einkaufszentren – errichtet werden, ist das eine Verschwendung von Ressourcen. Dazu gehört auch die Ressource fruchtbarer Boden.

Die gesetzliche Grundlage ist aktuell in Österreich wie folgt: Die Gemeinden sind für die Flächenwidmung zuständig. Das bedeutet, dass der Gemeinderat – und damit federführend der oder die Bürgermeister:in – entscheidet, wie Flächen gewidmet



Viele Gemeinden stehen vor dem Problem, dass sie laufende Kosten und größere Investitionen nur abdecken können, wenn sie Flächen verkaufen.

werden. Grundlage für die Flächenwidmung sollte die Förderung von Aspekten der nachhaltigen Regional- und Gemeindeentwicklung sein. Oftmals fehlt einerseits das notwendige Fachwissen, und andererseits werden Flächen auf Basis von Partikularinteressen vergeben und aufgrund von knappem Budget verkauft, umgewidmet und verbaut. Viele Gemeinden stehen nämlich vor dem Problem, dass sie ihre laufenden Kosten und größere Investitionen nur abdecken können, wenn sie Flächen der Gemeinde veräußern.

Flächenwidmung neu denken

Ein Lösungsweg, der von der ÖROK (Österreichische Raumordnungskonferenz) erarbeitet wurde, ist die Bodenstrategie: Als verbindliches Ziel würde der maximale Verbrauch auf 2,5 Hektar pro Tag beschränkt. Das müsste von Ländern, Gemeinden und der Bundesregierung einstimmig beschlossen werden. Es gilt hier allerdings das Einstimmigkeitsprinzip, und Länder und Gemeindebund lehnen dieses verbindliche Ziel ab. Ein Problem dürf-

te dabei sein, dass die ÖROK ein Verein ist, der keine Bevollmächtigung von den Gebietskörperschaften hat und nur Vorschläge erarbeiten kann, welche von Gemeinden und Bund einstimmig beschlossen werden müssten.

Ein möglicher Lösungsweg: Die Flächenwidmung müsste Teil einer überörtlichen Raumplanung sein und von einer politisch unabhängigen planerischen Expertise auf Gemeindeebene begleitet werden. Damit könnte man einen zu hohen Flächenverbrauch verhindern und dem Phänomen entgegenwirken, dass oft Infrastrukturen mehrfach geschaffen werden, die nicht dem realen Bedarf entsprechen.

WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR

- WWF Österreich (2023): Bodenreport 2023 – Die Verbauung Österreichs: Ursachen, Probleme und Lösungen einer wachsenden Umweltkrise.
- ÖROK – Geschäftsstelle der Österreichischen Raumordnungskonferenz (2023): Bodenstrategie für Österreich – Strategie zur Reduktion der weiteren Flächeninanspruchnahme und Bodenversiegelung bis 2030.
- Architekturzentrum Wien (2020): Boden für Alle.



CORNELIA DLABAJA
hat die Stiftungsprofessur für nachhaltige Stadt- und Tourismusentwicklung an der FH Wien inne. Zuvor war sie an der ÖAW, Universität Wien und TU Wien tätig. Ihre Forschungsfelder sind Stadt-, Migrations- und Ungleichheitsforschung.

© Luiza Pulu

THESE:

„Die Wohnungsfrage ist nur durch eine zielgerichtete Mietpolitik lösbar.“

BARBARA TEIBER

Die Welt von heute ist durch ein erhebliches Maß an Unsicherheit geprägt. Die massiven Wohnkostensteigerungen der letzten Jahre haben bei sehr vielen Menschen zur Verunsicherung beigetragen. Wie soll man sich auch sicher fühlen, wenn nicht klar ist, wie die nächste Miete, Heizkostenvorschreibung oder Kreditrate bezahlt werden soll? Wenn klar ist, dass der befristete Mietvertrag in sechs Monaten auslaufen wird, aber völlig unklar ist, um wie viel die Wohnung bei der Vertragsverlängerung teurer wird?

Ein unsicherer und beschwerlicher Alltag führt oft zu Wunschvorstellungen nach einer heilen Welt. Bei Wohnproblemen sieht das Wunschbild üblicherweise so aus: ein lastenfreies – also abbezahltes – Haus mit Garten, das wäre die heile Wohnwelt. Tatsächlich ist dieses Wunschbild aber ein Trugbild. Erstens ist wirtschaftlich festzuhalten, dass sich die Haus- und Wohnungspreise in den letzten 15 Jahren völlig von den Einkommen entkoppelt haben. Für Haushalte in der Mitte der österreichischen Gesellschaft ist es daher aktuell nicht möglich, aus ihren Arbeitseinkommen

Wohneigentum aufzubauen. Daraus ergibt sich zweitens, dass politisch eine Mietpolitik erforderlich ist, um das Wohnproblem zu lindern und mittelfristig zu lösen. Für sicheres und leistbares Wohnen ist mehr geförderter Mietwohnungsbau ebenso erforderlich wie mieter:innenfreundliche Reformen des Mietrechtsgesetzes.

Wohnungskauf ohne Familienvermögen faktisch unmöglich

Wohnraum ist in den letzten eineinhalb Jahrzehnten immer mehr zu einem Finanzprodukt geworden. Daraus ergeben sich viele negative Folgen. Die Preise von Häusern und Wohnungen haben sich vollständig von der Einkommensentwicklung abgekoppelt: Häuser und Wohnungen sind in Österreich seit 2008 um 135 Prozent teurer geworden. Die Löhne sind im selben Zeitraum hingegen nur um 39 Prozent gestiegen. Ohne ein Spitzeneinkommen oder ohne eine mindestens sechsstellige Erbschaft ist ein Hausbau oder ein Wohnungskauf heute in der Regel nicht möglich.



Politik ist gefordert, eine ordentliche Mietenpolitik zu liefern und den Immobilienspekulanten die Suppe zu versalzen!

Die Mietzinse bei privaten Neuverträgen sind, anders als die Haus- und Wohnungspreise, nicht komplett entgleist. Der Grund dafür ist, dass Mieten aus den laufenden Einkommen bezahlt werden. Anders als bei Immobilienkäufen wird nicht auf (Familien-)Vermögen zurückgegriffen. Zudem wirken die sozial gebundenen Mietwohnungen von Gemeinden und gemeinnützigen Bauvereinigungen auch dämpfend auf den privaten Mietwohnungsmarkt, wie eine Studie des WIFO vor kurzem gezeigt hat (Klien et al. 2023). Die Mietzinse bei Neuverträgen sind aber mittelfristig deutlich stärker gestiegen als die Einkommen, weil so viel Druck in den Wohnungsmärkten war und ist. Das heißt: Umziehen innerhalb des privaten Segments führt entweder zu weniger Wohnraum für das gleiche Geld, oder eine gleich große Wohnung wird spürbar teurer. So oder so gibt es eine Einkommenseinbuße.

Demgegenüber sind Mietverträge in sozial gebundenen Wohnungen deutlich günstiger und prinzipiell unbefristet. Österreichweit lag der Unterschied zuletzt bereits bei etwa drei Euro monatlich pro Quadratmeter. Eine soziale Mietwohnung mit 70 Quadratmetern ist damit auf das Jahr gerechnet um 2.500 Euro günstiger als eine private.

Unsichere Mietverträge reißen Löcher in Haushaltsbudgets

Die massive Finanzveranlagung in Wohnraum macht sich nicht nur finanziell in Form von teuren Mieten bemerkbar. Mietverhältnisse im privaten Segment sind immer öfter vom Prinzip her unsicher, da die Befristung von Mietverträgen deutlich zunimmt. Zuletzt ist ein Viertel der Neuverträge im privaten Segment befristet abgeschlossen worden!

Das heißt: Bei einer enormen Anzahl an Mietverhältnissen kann es bereits zu einer Einkommenseinbuße führen, in derselben Wohnung zu bleiben. Wenn eine Vertragsverlängerung ansteht, müssen Mieter:innen häufig eine außertourliche Mieterhöhung akzeptieren, schlicht und ergreifend, weil sie am kürzeren Ast sitzen.

Zielgerichtete Mietenpolitik

Russischer Angriffskrieg, Inflation und Zinserhöhungen haben den finanzveranlagungsgetriebenen Bauboom der letzten Jahre abgewürgt. Die Politik muss Arbeitslosigkeit am Bau verhindern und mehr geförderten Wohnbau auf Schiene bringen. Nur ein höheres Angebot an dauerhaft sozial gebundenen Mietwohnungen kann die aktuellen Wohnungsmarktprobleme strukturell und nachhaltig lösen. Die finanzgetriebenen Akteure müssen hingegen dauerhaft aus dem Baugeschehen gedrängt werden. Für eine Offensive im geförderten Mietwohnungsbau sind bezahlbare Grundstücke und mehr Wohnbauförderungsmitel erforderlich. Der Anteil der geförderten Neubautätigkeit muss wieder deutlich erhöht werden. Das gilt auch für den Einfamilienhausbau.

Zudem muss das Mietrechtsgesetz geändert werden. In Österreich können private Mietwohnungen so oft hintereinander befristet vermietet werden, wie es dem oder der Vermieter:in beliebt. Außerdem nimmt die Anzahl an Wohnungen, bei denen eine freie Mietzinsvereinbarung zulässig ist, laufend zu. Auch deshalb war die Finanzspekulation in den Wohnungsmärkten in den letzten Jahren so virulent. Es braucht daher ein Befristungsverbot für vermietende Firmen wie Immobilienfonds, Versicherungen oder Banken. Bei vermietenden Privatpersonen soll pro Person genau eine Wohnung vom Gebot der unbefristeten Vermietung ausgenommen werden.

Mietzinsbegrenzungen sind aktuell nur in Altbauwohnungen (grob gesprochen: vor 1945 errichtet) vorgesehen. Aber häufig sind auch diese nicht wirksam. Es bedarf daher einer gesetzlichen Aufstufung der möglichen Zu- und Abschläge zur Miete. Zudem ist der Anwendungsbereich der Mietenbegrenzungen auszuweiten – auf alle Häuser, die ein gewisses Alter (etwa 30 oder 35 Jahre) erreichen. Die Politik ist gefordert, eine ordentliche Mietenpolitik zu liefern und den Immobilienspekulant:innen die Suppe zu versalzen!

WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR

- Klien, Michael / Huber, Peter / Reschenhofer, Peter / Gutheil-Knopp-Kirchwald, Gerlinde / Kössl, Gerald (2023): Die preisdämpfende Wirkung des gemeinnützigen Wohnbaus. Publikation von WIFO & GBV.
- Ritt, Thomas & Tockner, Lukas (2024): Ausgebaut? Im Gegenteil – jetzt leistbare Wohnungen bauen! A&W Blog, 5.3.2024.

BARBARA TEIBER

ist seit 2024 Nationalratsabgeordnete. Sie ist Vorsitzende der Gewerkschaft GPA und Vizepräsidentin der Arbeiterkammer Wien sowie von UNI Europa (Europäischer Verband der Dienstleistungsgewerkschaften). Davor war sie Abgeordnete im Wiener Landtag und GPA-Frauensekretärin.



© Johannes Zimmer

THESE:

„Das Ideal des Einfamilienhauses führt zu Einsamkeit und hohen Kosten für uns alle. Wir sollten überdenken, welche Wohnformen wir als Gesellschaft fördern wollen.“

MARGARET HADERER

Wohnen im Einfamilienhaus gilt nach wie vor für viele als die beste Wohnform. Vor allem jüngere Generationen, die im Einfamilienhaus aufgewachsen sind, sehen das so. 65% der Österreicher:innen wünschen sich ein Leben im Einfamilienhaus – aber nur weniger als 10% dieser Personen können sich diese Wohnform leisten.

Die typische Form der Realisierung – sofern möglich – sieht häufig wie folgt aus: Hausbau auf der grünen Wiese. Aus der Perspektive der Wohnenden gilt das Einfamilienhaus als erstrebenswert, da es für Wohneigentum (und, damit verbunden, sozialem Status), für Selbstverwirklichung, sowie für Nähe zur Natur steht. Es wird auch als ideale Wohnumgebung für Kinder gesehen.

Was Einfamilienhäuser uns alle und die Natur kosten

Aus sozial-ökologischer Sicht wird das Einfamilienhaus zusehends problematisiert. Warum? Ein Grund sind die hohen Kosten – für die öffentliche Hand, und aus ökologischer Sicht.

Das Einfamilienhaus wird gerne als individuell erarbeitete Leistung erachtet. Das stimmt aber nur bedingt, denn viel öffentliches Geld fördert diese Wohnform direkt oder indirekt: direkt über Darlehen, indirekt über die Erschließung und Erhaltung der technischen und sozialen Infrastrukturen (Straßen, Kanalisation, soziale Folgeeinrichtungen wie Schulen). All das sind Infrastrukturen, die im dünn besiedelten Raum teurer sind als im dicht besiedelten Raum.

Auch aus ökologischer Sicht kommt das Einfamilienhaus die Allgemeinheit teuer. Denn die Errichtung, vor allem wenn es sich um Neubau handelt, und der Erhalt sind im Vergleich zu anderen, dichter (mehrgeschossige Mehrfamilienhäuser) und länger (Gründerzeit-Häuser) genutzten Wohnformen besonders ressourcen- und CO₂-intensiv.

Massenweise untergenutzter Einfamilienhaus-Wohnraum

Dazu kommt, dass das Einfamilienhaus keine Mangelware ist, sondern in Form von Beständen en masse vorhanden ist. Jede Familie in Österreich könnte – sofern gewünscht – in einem bereits bestehenden Einfamilienhaus wohnen. Die Idealbilder, nach denen wir als Gesellschaft leben, sind aber nach wie vor auf Neubau und weniger auf Umbau und Umnutzung des Bestands gepolt. Das liegt an Bestrebungen zur Selbstverwirklichung, aber – ebenso gewichtig – auch an rechtlichen,



Knapp 60% der Einfamilienhäuser in Österreich, Tendenz steigend, werden nur von 1-2 Personen bewohnt.

finanziellen und ökonomischen Rahmenbedingungen, wie etwa Kreditvergabe und öffentlichen Förderungen.

Es gäbe nicht nur viel Bestand, den man umnutzen könnte, sondern im Bestand gibt es zudem auch viel ungenutzte oder unternutzte Wohnfläche. Ein Grund: Die Halbwertszeit einer intensiven Nutzung des Einfamilienhauses, z.B. durch Familien mit Kindern, ist ausgesprochen kurz. Die mentale Verknüpfung von Einfamilienhaus und Familie ist trügerisch, denn knapp 60%, Tendenz steigend, der Einfamilienhäuser in Österreich werden nur von 1-2 Personen bewohnt. Einsamkeit ist eine soziale Folge. Überforderung – finanziell und mit Blick auf Erhalt und Pflege des Einfamilienhauses – eine andere Folge.

Wohnformen überdenken

Vor diesem Hintergrund stellen sich folgende Fragen: Wie umgehen mit dem Wunsch nach dem Einfamilienhaus? Sind Wohneigentum (das zumeist erst nach Jahrzehnten eintritt, da die meisten Einfamilienhäuser über Kredite finan-

ziert sind), Selbstverwirklichung durch Hausbau, Naturnähe und ideale Wohnbedingungen für Kinder auch in anderen Wohnformen und in anderen Wohnumgebungen realisierbar? Wie umgehen mit dem Bestand an Einfamilienhäusern?

Um diese Fragen gut debattieren und beantworten zu können, braucht es allerdings erstmal eine Antwort auf die folgende politische Grundsatzfrage: Welche Wohnformen sollte man als Gesellschaft fördern – vor dem Hintergrund sozialer und ökologischer Herausforderungen?

**WEITERE INFORMATIONEN
UND LITERATUR**

- Lindenthal, Julia & Lechner, Robert (2024): Klimaschutz im Wohnraum N° 1. Die Bedeutung von Einfamilienhäusern im Bestand für die Klimaschutzziele der Republik Österreich. Wien: Österreichisches Ökologie-Institut.
- Kohl, Sebastian (2018): Eine kleine Geschichte der Eigenheimidee. Von ursprünglich konservativer Sozialpolitik zum Sprengstoff in Hauspreis- und Kreditblasen. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.



© Barbara Elser

MARGARET HADERER

arbeitet als Universitätsassistentin am Institut für Raumplanung der TU Wien. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich unter anderem mit der sozial-ökologischen Transformation des Wohnens.

THESE:

„Schlecht ausgebauter öffentlicher Verkehr in den Landgemeinden führt zu Landflucht und zu hohen Kosten für jene, die auf Individualverkehr zurückgreifen müssen.“

MANFRED MERTEL

Hierzulande sowie in vielen anderen ländlichen Regionen Europas bemerken wir eine massive Landflucht, die sowohl Zuzug- als auch Stammgemeinden vor große Herausforderungen stellt. Die Zuzug-Gemeinden müssen für die neuen Bewohner:innen neue Infrastruktureinrichtungen erbauen, etwa Wohnungen, Schulen, Kindergärten, Erweiterungen von Kanal- und Wasserversorgungsanlagen, Straßen und öffentlichen Verkehr. Und das, obwohl die Infrastruktureinrichtungen in den Stammgemeinden, von denen die Menschen wegziehen, oft weder abbezahlt noch renovierungsbedürftig sind.

Die Infrastrukturkosten in den Stammgemeinden wiederum – z.B. Kanal- und Wassereinrichtungen oder Müllabfuhr – werden von immer weniger verbleibenden Bewohner:innen getragen: Immer weniger Ortsansässige werden zur Verteilung der Fixkosten herangezogen.

Schwach ausgebauter öffentlicher Verkehr als Grund für Landflucht

Menschen in ländlichen Gegenden müssen aufgrund von schwach ausgebauter öffentlicher Infrastruktur häufig auf den Individualverkehr, also auf das eigene Auto, zurückgreifen. Da im ländlichen Raum die Wege zu Ärzt:innen, Geschäften, Schulen und Kindergärten im Durchschnitt länger sind als in der Stadt, erschwert der schwach ausgebaute öffentliche Verkehr die Mobilität der Menschen. Die Kosten für Auto und Treibstoff sind massiv gestiegen. Hinzu kommen die bereits erwähnten gestiegenen infrastrukturbezogenen Fixkosten.

Diese steigenden Kosten sind ein wesentlicher Grund, warum Menschen vom ländlichen in den städtischen Raum ziehen. Zusätzlich verlassen oft Eltern ihre Stammgemeinden, damit ihre Kinder in einem aktiven sozialen Umfeld ihre Sprache, Kreativität, Ideen und Talente ausleben können.



Städte mit günstigen Jahrestickets zeigen, dass Menschen durchaus auf klimafreundliche Mobilität umsteigen.

Die Alternative zum Individualverkehr wäre ein optimal ausgebauter öffentlicher Verkehr. Städte mit günstigen Jahrestickets zeigen beispielsweise, dass der Umstieg auf eine klimafreundliche Mobilität von den Bewohner:innen zunehmend vollzogen wird.

Ein sehr gut ausgebauter öffentlicher Verkehr auch im ländlichen Raum könnte der Landflucht entgegenwirken und diese flächenraubende, kostspielige Situation insofern entschärfen, als dass sich Menschen dort niederlassen, wo es einen angemessenen finanziellen Einklang von Wohn-, Verkehrs- und sozialen Lebenskosten gibt. Über den Ausbau hinaus muss der öffentliche Verkehr verdichtet und beschleunigt werden. Dahingehend kann er die Grundlage bilden, dass die Jugend soziale Kontakte durch rasche Verkehrsverbindungen gemeindeübergreifend ausleben kann.

Umweltbelastung durch Bodenversiegelung

Schwach ausgebauter öffentlicher Verkehr und die massive Nutzung von Individualverkehr führt darüber hinaus zu großem Flächenverbrauch und Bodenversiegelung in und rund um Städte: Denn für den Pendelverkehr, für die vielen Menschen, die täglich vom ländlichen Raum mit dem Auto in die größeren Gemeinden pendeln müssen um dort zu arbeiten, braucht es breitere Straßen und eine Unzahl an Parkplätzen.

Bodenversiegelung schädigt den Lebensraum von Bodenlebewesen und Pflanzen massiv und treibt die Klimaerhitzung zusätzlich voran. Außerdem können versiegelte Flächen kein Niederschlagswasser aufnehmen und begünstigen damit Hochwasser. Es gilt daher, Flächen so gut wie möglich unversiegelt zu belassen. Das betrifft Wälder und Wiesen, Ackerflächen und Parks, Innenhöfe und Gärten.

Neben der Verringerung von Landflucht und Bodenversiegelung führt klimafreundliche Mobilität auch zu geringerer Luftverschmutzung und weniger Verkehrslärm. Es gilt daher, öffentliche Verkehrsmittel ebenso auszubauen wie Rad- und Fußwege.



© Thomas Topf

MANFRED MERTEL

ist Mitglied des Bundesrates sowie des Landesparteivorstands der SPÖ Kärnten. Er war Fußballspieler und Fußballtrainer und ist weiterhin als Sportfunktionär tätig.

THESE:

„Für die erfolgreiche Klimawende brauchen wir ein Werbeverbot für die fossile Industrie und für klimaschädliche Produkte.“

CLEMENS KAUPA

Ein Öl- und Gasmulti, der sich auf allen Social Media-Kanälen als Vorreiter der Klimawende abfeiert, während seine Geschäftsstrategie die Expansion des Abbaus fossiler Brennstoffe vorsieht? Eine Fluglinie, die „CO₂-neutrales“ Fliegen bewirbt? Der Werbefilm eines Autoherstellers, in dem dutzende SUVs abseits der Straße durch die Natur rasen? Solche Werbungen sind irreführend, faktenwidrig und verantwortungslos, so urteilten die durch entsetzte Konsument:innen und NGOs eingeschalteten Gerichte und Werbebehörden. Diese Beispiele zeigen, wie Großverschmutzer (in den genannten Beispielen Shell, KLM und Toyota) Werbung systematisch nutzen, um klimaschädliche Produkte zu vermarkten und von ihren brandgefährlichen Geschäftsstrategien abzulenken.

Um eine weitere Eskalation der Klimakrise weitestmöglich zu verhindern, hat sich die Politik ambitionierte Ziele gesetzt. Bis 2030 will die EU ihre Emissionen halbieren, bis spätestens 2050 klimaneutral sein. Werbung für die fossile Industrie und für klimaschädliche Produkte unterläuft diese Ziele. Diese Werbung muss daher – nach dem Vorbild des Tabakwerbeverbots – verboten werden.

Werbung für fossile Industrie verbreitet Desinformation

Die Verbrennung fossiler Brennstoffe (Öl, Gas und Kohle) ist für 90% des CO₂-Ausstoßes verantwortlich und damit der Treiber der Klimakrise. Eine erfolgreiche Klimawende erfordert daher ein rasches Ende der Nutzung fossiler Brennstoffe. Jedoch ist die fortgesetzte Nutzung fossiler Brennstoffe für die fossile Industrie hochprofitabel. Sie hat daher in den letzten Jahrzehnten ihre Finanzkraft und ihren politischen Einfluss systematisch dafür genutzt, die Klimawende zu untergraben. So wurden etwa Milliardenbeträge eingesetzt, um durch Lobbying ambitionierte Klimagesetzgebung in den USA, in Europa und in anderen Teilen der Welt abzuschwächen oder ganz zu verhindern, und das mit großem Erfolg.

Darüber hinaus hat die fossile Industrie systematisch Desinformation verbreitet. Die Klimakrise wurde öffentlich lange komplett bestritten oder ihre Auswirkungen verharmlost. Die fossile Industrie bezahlte korrupte Wissenschaftler:innen, um die Untersuchungsergebnisse der Klimawissenschaft öffentlichkeitswirksam in Zweifel zu ziehen. In dieser jahrzehntelangen Desinformati-



Erst durch das umfassende Werbeverbot zu Beginn der 2000er-Jahre konnte der Einfluss der Tabakindustrie entscheidend zurückgedrängt werden.

onskampagne spielte Werbung eine entscheidende Rolle. So nutzte etwa der Ölriese ExxonMobil ganzseitige Inserate in Zeitungen wie der New York Times, in denen der für die Klimakrise verantwortliche Treibhauseffekt als Lüge bezeichnet wurde. Und das wider besseren Wissens: Interne Dokumente zeigen, dass sich die fossile Industrie schon seit den 1960ern über den Klimawandel und dessen katastrophale Folgen bewusst war.

Desinformation neu: Greenwashing

Im Licht der unumstößlichen wissenschaftlichen Erkenntnisse hat sich die PR-Strategie der fossilen Industrie zuletzt gewandelt. Während die Klimakrise zwar nun nicht mehr explizit geleugnet wird, bleibt Desinformation dennoch an der Tagesordnung. So geht es etwa in einer Vielzahl der Werbekampagnen von Shell, BP und Co. um erneuerbare Energien, obwohl tatsächlich nur ein minimaler Anteil der Investitionen dieser Unternehmen dorthin fließt, und der Löwenanteil die weitere Expansion der fossilen Brennstoffproduktion finanziert. Damit präsentieren sich fossile Unternehmen zu Unrecht als führende Akteu-

re der Klimawende. Oder es werden technische Wunderlösungen wie etwa CO₂-Kompensation oder CO₂-Speicherung gefeiert, obwohl diese nachgewiesen nicht funktionieren oder technisch völlig unausgereift sind. Damit wird den Menschen vorgegaukelt, dass die Klimawende mit der weiteren Nutzung fossiler Brennstoffe vereinbar sei, was schlichtweg nicht stimmt.

Werbung treibt Konsum klimaschädlicher Produkte an

Um die ambitionierten Klimaziele der EU in der notwendig kurzen Zeitspanne zu erreichen, braucht es auch eine umfassende Veränderung des Konsumverhaltens. Das Potential einer solchen Transformation wird vom aktuellen Weltklimabericht als sehr hoch eingeschätzt. Um es allerdings tatsächlich auszuschöpfen, sind massive Systemveränderungen nötig. Beispiele sind eine sozial- und klimagerechte Steuerreform, der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die Abschaffung klimaschädlicher Subventionen und Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. Die Herausforderungen für Staat und Gesellschaft sind dabei enorm.

Werbung für klimaschädliche Produkte unterläuft diese Anstrengungen oder hebt sie im schlimmsten Fall völlig aus. Ein illustratives Beispiel ist die explosive Zunahme des Verkaufs von SUVs. Diese wurde durch massive Werbekampagnen der Autohersteller angetrieben, da SUVs höhere Gewinnmargen bieten. Allerdings haben SUVs auch einen signifikant höheren CO₂-Ausstoß. Studien zeigen, dass die Expansion der SUV-Flotte der letzten Jahre die durch die Ausweitung der E-Mobilität erzielte Emissionsreduktion im Verkehrssektor zunichte gemacht hat.

Vorbild Tabakwerbeverbot

Aus diesen Gründen ist ein Werbeverbot für die fossile Industrie und für klimaschädliche Produkte eine sinnvolle Steuerungsmaßnahme. Dabei kann das Tabakwerbeverbot ein Vorbild sein. Die Tabakindustrie nutzte Werbung und Sponsoring (etwa im Sport) systematisch dazu, neue Gruppen von Konsument:innen abhängig zu machen, den Tabakkonsum zu normalisieren und damit auch staatliche Beschränkungen zu verhindern. Ebenso wie die fossile Industrie verbreitete sie über Jahrzehnte Desinformation über die Gesundheitsgefahren des Rauchens. Erst durch das umfassende Verbot von Werbung, Sponsoring und Lobbying zu Beginn der 2000er-Jahre konnte der Einfluss der Tabakindustrie entscheidend zurückgedrängt werden. Dies wiederum schuf den notwendigen Freiraum, um weitergehende Schutzmaßnahmen gegen Tabakkonsum zu ergreifen, und damit das Leben und die Gesundheit von Millionen von Menschen zu schützen.

Das Vorbild des Tabakwerbeverbots zeigt: Eine Gesellschaft muss es sich nicht bieten lassen, dass Unternehmen Werbung nutzen, um aus Profitgründen Desinformation zu verbreiten, wichtige politische Ziele zu untergraben und gefährliche Produkte zu vermarkten. Es ist daher höchste Zeit für ein Werbeverbot für fossile Unternehmen und klimaschädliche Produkte.

WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR

- Oreskes, Naomi & Conway, Erik (2010): **Merchants of Doubt: How a Handful of Scientists Obscured the Truth on Issues from Tobacco Smoke to Global Warming.** London: Bloomsbury.
- Simms, Andrew & Murray, Leo (2023): **Badvertising: Polluting Our Minds and Fuelling Climate Chaos.** London: Pluto Press.
- **World Without Fossil Ads – Webpage der Initiative „Reclame Fossilvrij (Fossil Free Advertising)“.**



CLEMENS KAUPA
 ist Assistenzprofessor für Europarecht an der Vrije Universiteit Amsterdam. Er forscht unter anderem zu irreführender Werbung der fossilen Industrie.

© Peter Valick



TEIL 3

Wirtschaftspolitik

Die großen Krisen unserer Zeit – von Erderhitzung über geopolitische Umwälzungen bis zu Teuerung und steigender Ungleichheit – verlangen nach einer wirtschaftspolitischen Neuorientierung, auch und vor allem auf der europäischen Ebene. Und tatsächlich hat die EU in den vergangenen Jahren vor diesem Hintergrund folgenreiche politische Entscheidungen getroffen und große Summen bewegt. Dazu gehört der EU Green Deal, im Rahmen dessen unter anderem das CO₂-Grenzausgleichssystem geschaffen wurde, das klimaschädliche Produkte mit Importzöllen belegt. Darüber hinaus soll die wirtschaftliche Abhängigkeit von autokratischen Systemen und Diktaturen reduziert werden, etwa wenn es um kritische Rohstoffe oder Energie geht.

Wie nutzen wir neue EU-Regeln und geopolitische Umwälzungen für nachhaltige und gerechte Wirtschaftspolitik?

THESE:

„Es braucht eine Diskussion über die **Neugestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft** im Kontext von **ökologischen Krisen und geopolitischen Konflikten**. Die kapitalistische Logik muss zurückgebaut werden.“

JOHANNES JÄGER

Die ökologischen Krisen, von der Klimakrise bis zur Biodiversitätskrise, bedrohen Wohlstand und Menschenleben. Diese Krisen sind Ergebnis des auf fossilen Energieträgern beruhenden kapitalistischen Wirtschaftssystems. Die bisherigen Ansätze zur Bearbeitung der Klimakrise auf Ebene der EU gehen von der Annahme aus, dass eine Dekarbonisierung der Wirtschaft umsetzbar und damit ‚grünes‘ Wachstum möglich, zielführend und wünschenswert sei. Dies muss jedoch bezweifelt werden.

Warum ‚grüner‘ Kapitalismus zu kurz greift

Erstens stellt sich die Frage, ob in absehbarer Zeit ausreichende alternative Energiequellen erschlossen werden können, um fossile Energieträger zu ersetzen und die Klimaerwärmung auf unter 2 Grad Celsius zu beschränken. Die Internationale Energiebehörde der Vereinten Nationen geht davon aus, dass sich der weltweite CO₂-Ausstoß aufgrund von Energieproduktion nur marginal von 37 Gigatonnen im Jahr 2025 auf 32 Gigatonnen im Jahr 2050 verringern wird. Dies ist jedoch mit der Erreichung des 2-Grad-Ziels unvereinbar. Überdies führt der Ausbau von al-

ternativen Energieträgern zu einem Anstieg des Ressourcenverbrauchs (Stichwort kritische Rohstoffe) mit entsprechend negativen Auswirkungen auf die Umwelt.

Zweitens besteht im Kapitalismus ein grundlegendes Problem zwischen dem unbegrenzten Streben nach Profit und den planetaren Grenzen. Das Interesse an Kapitalakkumulation führt gemeinsam mit der strukturellen Abhängigkeit des Staates vom guten Gang der Geschäfte dazu, dass notwendige Maßnahmen, wenn überhaupt, oft erst (zu) spät umgesetzt werden. Es ist daher schwierig, gegen die Profitinteressen von Unternehmen (aber auch die unmittelbaren Interessen an Arbeitsplätzen seitens Arbeitnehmer:innen) Einschränkungen im kapitalistischen System umzusetzen.

Drittens reicht es nicht aus, auf europäischer Ebene CO₂-Emissionen zu reduzieren. Vielmehr ist ein globaler Ansatz nötig. Hier besteht ein grundlegendes Problem darin, kooperative Strategien durchzusetzen, da Konkurrenz zwischen national verfassten kapitalistischen Ökonomien vorherrscht. Mit dem *Carbon Border Adjustment Mechanism* weist die EU in die richtige Richtung. Dieser ist aber nicht ausreichend und konzeptuell problematisch. Unter anderem deshalb, da er auf den sich ergebenden Marktpreisen für CO₂ aufsetzt. Auch wenn der Mechanismus einen Anreiz bietet, um andernorts auf nationaler Ebene ähnliche Systeme umzusetzen, so ist doch davon auszugehen, dass dies insbesondere in ärmeren Ländern schwierig wird. Darüber hinaus wären massive finanzielle Transfers in den globalen Süden notwendig. Die Mittel, die aktuell dem Globalen Süden zur Verfügung gestellt werden, sind völlig unzureichend. Es gilt, entsprechend umfangreiche solidarische globale Transfermechanismen zu etablieren.

“

*Eine
„grüne Insel Europa“,
die ihren Ressourcen hunger
über Ressourcen aus
dem globalen Süden
befriedigt, befeuert
geopolitische Konflikte.*

Viertens blendet die aktuelle Klimapolitik auf EU-Ebene eines ihrer zentralen Charakteristika aus, nämlich dass reichere Menschen ungleich mehr zum CO₂-Ausstoß beitragen. Laut einer Schätzung von Oxfam trägt das reichste 1 % der Menschen insgesamt mehr als doppelt so viel zu den globalen CO₂-Emissionen bei als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung zusammen. Dies spiegelt die ungleichen globalen Verteilungsstrukturen wider. Eine substanzielle Veränderung dieser Strukturen ist im Kapitalismus nicht möglich. Vielmehr bedarf es einer Durchsetzung von Lebensstilen und Produktionsweisen, die allen ein Minimum garantieren. Dies ist aber nur möglich, wenn der übermäßige Konsum einiger weniger eingeschränkt wird.

Sozial-ökologische Transformation ist nötig

Angesichts dieser Grenzen und Widersprüche ist eine *Green Transition* der falsche Weg. Auch eine eng auf Europa fokussierte *Just Transition* greift zu kurz. Eine grüne Insel Europa, die ihren Res-

sourcenhunger dann vielleicht weniger durch fossile Brennstoffe als über andere Ressourcen aus dem globalen Süden (Stichwort: grüner Extraktivismus) befriedigt, ist global nicht attraktiv und befeuert geopolitische Konflikte um knappe Ressourcen. Nur eine sozial-ökologische Transformation in globaler Perspektive kann tatsächlich ökologische und soziale Probleme in den Griff bekommen. Das Ausmaß und die globale Dimension der Umweltkrise lassen sich nicht mit bisherigen Herangehensweisen innerhalb des Kapitalismus bearbeiten. Vielmehr gilt es, im Zuge eines radikalen Reformismus profitorientierte kapitalistische Strukturen zurückzubauen und alternative öffentliche, gemeinschaftliche und solidarische Produktions-, Austausch- und Lebensformen zu etablieren. Auf EU-Ebene müssten hierzu kreative Modelle und Strategien entwickelt werden, die auf eine globale Solidarität der Lohnabhängigen abzielen, damit attraktiv sind und potenziell global verallgemeinert werden können.

WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR

- Buch-Hansen, Hubert / Koch, Max / Nesterova, Iana (2024): Deep Transformations. A theory of degrowth. Manchester: Manchester University Press.
- Jäger, Johannes & Dziwok, Ewa (2024): Understanding Green Finance. A critical Assessment and Alternative Perspectives. Cheltenham: Edward Elgar.
- Oxfam (2020): Confronting Carbon Inequality. Putting climate justice at the heart of the COVID-19 recovery. Oxfam Media Briefing.

JOHANNES JÄGER

ist Fachhochschulprofessor an der FH des BFI Wien und leitet den Bereich Volkswirtschaft. Seine Forschungsschwerpunkte sind unter anderem sozial-ökologische Transformation, Europäische Integration und globale Finanzmärkte.



© Peter Rösler, FH des BFI Wien

THESE:

„Eine nachhaltige und gerechte Wirtschaftspolitik der EU braucht einen aktiven Staat“

PAUL STICH

Die Frage nach einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik jenseits kapitalistischer Profitlogik ist eine der grundlegenden Fragen politischer Auseinandersetzung in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts. Im Rahmen dieses Beitrags sollen grundsätzliche Überlegungen skizziert werden, die die dialektischen Prozesse in dieser Hinsicht befeuern. Oberste Maxime muss dabei sein, die Rahmenbedingungen für eine Transformation unserer Wirtschaft zu schaffen, die sich nicht länger an Profiten, sondern an Bedürfnissen orientiert.

Zentrale Bereiche der Daseinsvorsorge müssen aus dem Markt herausgelöst werden

Abgeleitet aus diesem Anspruch ist die grundsätzliche Frage jene, was eigentlich das Ziel des Wirtschaftens ist. In den 1990er- und 2000er-Jahren wurden in ganz Europa öffentliche Dienstleistun-

gen privatisiert und damit die Gesellschaft enteignet. Um kritische Infrastruktur der Daseinsvorsorge nicht der Profitmaximierung einiger weniger zu überlassen, braucht es die Stärkung öffentlichen Eigentums, weil gewisse Wirtschaftsbereiche – wie etwa Energieversorgung, digitale Datenverarbeitung, Wasserversorgung, Abfallwirtschaft, Verkehr und Wohnraum – in erster Linie dem Gemeinwohl dienen müssen.

Wir müssen den Staat in die Lage versetzen, den Ausverkauf der letzten Jahrzehnte rückgängig machen zu können und Fehler der Vergangenheit zu korrigieren. Dazu braucht es eine breite Palette an Maßnahmen, die die Voraussetzungen dafür schaffen. Beispielsweise wäre denkbar, staatliches Miteigentum in Schlüsselbereichen der Daseinsvorsorge in der Verfassung zu verankern, um jene Bereiche nicht privaten Investor:innen ohne langfristigen Interesse am gesellschaftlichen Zusammenleben zu überlassen.



Bei der Stärkung öffentlichen Eigentums geht es darum, die ökonomische und politische Macht der Unternehmen zu demokratisieren.

Wirtschaftliche und politische Macht sind miteinander verknüpft

Dabei geht es nicht um einen moralischen Selbstzweck. Denn Eigentümer:innen zentraler Bereiche der Daseinsvorsorge haben auch große politische Macht. Diese politische Macht liegt in manchen Bereichen in den Händen einiger weniger Personen, die vorrangig eigene Gewinninteressen und nicht jene des Gemeinwohls verfolgen. Bei der Stärkung des Gewichtes des öffentlichen Eigentums geht es um nichts weniger, als die ökonomische und politische Macht der Unternehmen und ihrer Eigentümer:innen zurück auf die Bevölkerung zu übertragen.

Produktionsketten ent-globalisieren

Politisch geht dieser Übergang mit einer großen Herausforderung einher. Denn die Einflussosphäre der Konzerne ist international. Die Politik hingegen agiert auf (supra)nationaler Ebene, was den politischen Handlungsspielraum selbst mit ent-

sprechenden politischen Mehrheiten einschränken kann. Zentral ist es also, den Übergang vorausschauend Schritt für Schritt so zu gestalten, dass regionale Wirtschaftskreisläufe verstärkt forciert werden. Diese wiederum müssen in ihrer Konkurrenzfähigkeit abgesichert werden – notfalls mit Zöllen und anderen wirtschaftspolitischen Mitteln.

Das ist nicht nur aus realpolitischer Sicht, etwa aus klimapolitischer Perspektive sinnvoll, sondern verleiht der politischen Ebene auch mehr Kontrolle über die Produktionsbedingungen sowie mehr geopolitische Unabhängigkeit, was wiederum für eine langfristige Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft notwendig sein wird.

Menschen die politische Handlungsmacht über ihre Umgebung zurückgeben

Doch nicht nur aus der Perspektive des wirtschaftspolitischen Fundaments für eine Transformation, auch aus demokratiepolitischer Sicht ist es notwendig, die Kontrolle über unsere Art der Produktion zurückzugewinnen. Denn die neoliberalen Auswüchse sorgen für eine zunehmende Entdemokratisierung der politischen Sphäre.

Die Handlungsfelder einzelner Staaten werden in einer zunehmend globalisierten Gesellschaft immer kleiner. Große wirtschaftliche Fragen sind für Parteien, die nationale Wahlen gewinnen, kaum beantwortbar. Die Marktmacht der Konzerne und ihrer politisch Verbündeten sorgt mit dem damit verbundenen Druck dafür, dass im kollektiven Gedächtnis eine scheinbare Alternativlosigkeit zu den bestehenden (ungerechten) Verhältnissen verankert wird. Die immer kleiner werdende Macht der politischen Sphäre kann dabei auch als bewusste Aushöhlung demokratischer Prozesse

in einem postdemokratischen Sinne verstanden werden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Die aktive Veränderung wirtschaftspolitischer Parameter hin zu einer nachhaltigen und gerechten Gesellschaft muss verschiedene Ebenen abdecken. Dabei geht es kurzfristig um eine wiederzuerlangende wirtschaftliche Kontrolle in einem marktradikalen Umfeld durch Schaffung und Durchsetzung von politischen Spielregeln, die Konzerne in die Pflicht nehmen und Standards setzen. Mittelfristig geht es um die Sicherung des Einbezugs des demokratischen Souveräns. Langfristiges Ziel ist die Schaffung eines Fundaments für die Transformation des Wirtschaftssystems hin zu sozialistischen und solidarischen Vorstellungen.

WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR

- Brown, Wendy & Born, Frank (2012): **Wir sind jetzt alle Demokraten.** In: Agamben, Giorgio et al.: **Demokratie? Eine Debatte.** Berlin: Suhrkamp. 55-71.

PAUL STICH

ist seit 2024 Nationalratsabgeordneter. Er ist Vorsitzender der Sozialistischen Jugend Österreich und Jugendbezirksrat in Wien-Floridsdorf. Politische Schwerpunkte seiner Arbeit sind Bildungspolitik, Verteilungsgerechtigkeit und wirtschaftliche wie gesellschaftliche Transformationsprozesse.



THESE:

„Eine katalytische Industriepolitik muss grün, digital und sozial zugleich sein und privates Kapital zu notwendigen Investitionen disziplinieren, statt lediglich private Risiken und Profite zu justieren.“

MARIO HOLZNER

Frühere Maßnahmen zur Förderung des EU-Binnenmarktes kamen ohne eine langfristige strategische Industriepolitik aus und zielten in erster Linie auf die Steigerung der Effizienz und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ab. Sie vernachlässigten dabei den Zielkonflikt mit der Sicherheitsfrage im weitesten Sinne (einschließlich sozialer, energetischer, wertschöpfungskettenbezogener, militärischer und anderer Arten von Sicherheit) und die Interaktion mit einer Wählerschaft, die (meistens) an ‚unwichtigen Orten‘ lebt und die in den letzten Jahrzehnten eine Reihe massiver Krisen mitmachen musste. Stattdessen brauchen wir eine neue katalytische Industriepolitik: eine Politik, die darauf abzielt, die Investitionen in den grünen und digitalen Strukturwandel zu maximieren und dabei auch die soziopolitische Dimension zu berücksichtigen.

Neue Industriepolitik darf keine Zeit mehr verspielen

Ein vielleicht ungewöhnliches Beispiel für eine solche neue Industriepolitik, die darauf abzielt, positive Rückkopplungsschleifen in allen drei Bereichen in Gang zu setzen, ist das folgende. Die Überwindung des Mangels an erschwinglichem Wohnraum für junge Menschen durch den Bau hochwertiger, technologisch anspruchsvoller, energie- und kostensparender, nachhaltiger Sozialwohnungen hat das Potenzial, die digitale Revolution zu unterstützen. Dies geschieht durch die Zunahme von Home-Office- und E-Commerce-Aktivitäten, was wiederum dazu beiträgt, die Treibhausgasemissionen potenziell zu verringern und die materielle Grundlage für einen breit legitimierten Strukturwandel zu verbessern. Weitere Beispiele wären etwa eine gesamteuropäische Lösung für den Bau und Betrieb von Hochgeschwindigkeitsbahnstrecken (wie zum Beispiel von der *European Silk Road Initiative* gefordert) oder eine



Auf intellektueller Ebene hat der Paradigmenwechsel bereits stattgefunden, und ‚groß Denken‘ wird nicht mehr als naiv angesehen.

Airbus-ähnliche Lösung für eine europäische umweltfreundliche See- und Binnenschifffahrtslogistik und Schiffbau.

Grüner und digitaler Wandel muss auch sozial sein

Auf intellektueller Ebene hat der Paradigmenwechsel bereits stattgefunden, und ‚groß Denken‘ wird nicht mehr als (bestenfalls) naiv angesehen. Es wurden Vorschläge für einen aufgabenorientierten Unternehmerstaat gemacht, der eine mutige, katalytische Regierungspolitik umsetzt, um Märkte zu transformieren, zu schaffen und zu gestalten, anstatt sie nur zu reparieren. Denkfabriken plädieren für eine neue Industriepolitik und machen Vorschläge, wie diese im EU-Kontext finanziert werden kann (siehe beispielsweise Heimberger / Lichtenberger 2023). Die Forschungsabteilungen internationaler Organisationen diskutieren schon seit geraumer Zeit über industriepolitische Maßnahmen zur Umgestaltung der Volkswirtschaften.

Dennoch muss das derzeitige Mainstreaming der Industriepolitik durch ein Verständnis der wechselseitigen Abhängigkeiten und Spannungen ergänzt werden, die im Laufe des Industrialisierungsprozesses entstehen. Darüber hinaus bedarf es eines Verständnisses der verschiedenen Institutionen, die für die Industrialisierung und die damit verbundene Politikausrichtung erforderlich sind, sowie eines Verständnisses des Konfliktmanagements neben der unternehmerischen Funktion der Regierung und der Bedeutung der staatlichen Organisationskapazitäten.

Es ist nicht egal, wie und wo investiert wird

Wichtig ist, dass eine europäische katalytische Industriepolitik nicht nur Investitionen in die ge-

wünschten Richtungen lenkt, sondern auch dafür sorgt, dass die Vorteile so weit wie möglich verteilt werden. Mariana Mazzucato und Dani Rodrik (2023) zählen eine Reihe von Konditionalitäten auf, wenn es um öffentliche Subventionen, Garantien, Darlehen, Rettungsaktionen oder Beschaffungsverträge geht. Beschaffung und Finanzierung könnten beispielsweise von umweltfreundlicheren Lieferketten, Gewinnbeteiligung, Reinvestition von Gewinnen (wobei die Höhe, die geografische Lokalisierung oder die Art der Reinvestition festgelegt werden könnte) oder besseren Arbeitsbedingungen abhängig gemacht werden. Auch die Richtung der Innovation und der Wirtschaftstätigkeit könnte beeinflusst werden und zu sozial und ökologisch wünschenswerten Technologien führen. All dies ist im Zusammenhang mit einer Verlagerung hin zu einem längerfristigen, am öffentlichen Nutzen orientierten Wirtschaftendenken zu sehen.

Privates Kapital muss diszipliniert werden

Um es mit Daniela Gabor (2023) noch radikaler zu formulieren: Es braucht einen staatlich gelenkten Ansatz, bei dem privates Kapital in vorrangige Investitionsbereiche für die grüne und digitale Transformation diszipliniert wird, und nicht nur einen risikoreduzierenden Staat, der privates Kapital zur Verwirklichung politischer Prioritäten einsetzt, indem er lediglich an den Risiken und Renditen privater Investitionen herumbastelt.

Letzteres ist die gängige Methode sowohl in den USA als auch in der EU, wo privates Kapital dominiert und die Nachhaltigkeit und Rechtzeitigkeit des gesamten Dekarbonisierungsprozesses gefährdet ist. Der *Green Deal Industrial Plan* der EU und der *Inflation Reduction Plan* der USA können als Ansätze für ein Derisking unter Führung der Industrie betrachtet werden. Im Gegensatz dazu handelt es sich bei dem US-amerikanischen *CHIPS and Science Act* eher um eine staatlich gelenkte industrielle Aufwertung durch Zuschüsse, Steuergutschriften und – was noch wichtiger ist – Prüfungen, Vereinbarungen über die Aufteilung potenzieller künftiger Gewinne, die Aktivierung von Privatkapital und Beschränkungen für Aktienrückkäufe.

Ein *Großer Grüner Staat* bräuchte dabei unabhängige und rechenschaftspflichtige öffentliche Stellen, die das Tempo vorgeben, staatliches Eigentum an der kohlenstoffarmen Infrastruktur arrangieren, Strafen für Kohlenstoffkredite festlegen, eine enge staatliche Kontrolle der Kreditströme über konzerneigene Finanzierungsgesellschaften ausüben und den vorzeitigen Ausstieg begrenzen. Darüber hinaus bedarf es in dieser radikalen Form einer grundlegenden Änderung des makrofinanziellen Systems, weg von monetärer Dominanz bei voller Kapitalmobilität und hin zu einer fiskalisch-monetären Koordinierung und Kapitalkontrolle.

WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR

- European Silk Road: The case for a big push in infrastructure investment. Webpage des wiw.
- Gabor, Daniela (2023): The (European) Derisking State. SocArXiv. May 17.
- Heimberger, Philipp & Lichtenberger, Andreas (2023): RRF 2.0: A Permanent EU Investment Fund in the Context of the Energy Crisis, Climate Change and EU Fiscal Rules. wiw Policy Note/Policy Report No. 63.
- Holzner, Mario (2024): Catalytic Industrial Policy – in concordia varietas. European Commission, DG GROW, Single Market Economics Papers, Working Paper No. 17.
- Mazzucato, Mariana & Rodrik, Dani (2023): Industrial Policy with Conditionalities: A Taxonomy and Sample Cases. UCL Institute for Innovation and Public Purpose (IIPP) Working Paper Series: IIPP WP 2023-07.

MARIO HOLZNER

ist Direktor am Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiw). Er beschäftigt sich mit Fragen der Infrastrukturinvestitionen und schlägt eine Europäische Seidenstraße vor. Mario Holzner war 2023 ein DG GROW Fellow.



© wiw

THESE:

„**Steuerpolitik formt Gesellschaft. Politische Akteur:innen müssen daher steuerpolitische Fragen in den Vordergrund rücken, verständlich aufbereiten und damit gesamtgesellschaftliche Transformation vorantreiben.**“

EVA-MARIA HOLZLEITNER

Steuerpolitik wird meist als trockene Materie im politischen Betrieb gesehen, diskutiert von Techniker:innen, Expert:innen, Finanzler:innen. Steuerpolitik ist jedoch wesentlich mehr – sie formt Gesellschaft und liefert den Grundstein für die wirtschaftliche Beschaffenheit. Deshalb ist es zentral, steuerpolitische Fragen, insbesondere auf EU-Ebene, breiter zu diskutieren, in den Vordergrund zu rücken und auf verständlicher Basis allen Bevölkerungsgruppen näher zu bringen. Das muss eine der zentralen Aufgaben politischer Akteur:innen sein.

Einstimmigkeit als Hemmschuh?

Die Grundlagen europäischer Steuerpolitik sind bekannt: Die direkte Besteuerung innerhalb der Europäischen Union obliegt nach wie vor den einzelnen Mitgliedsstaaten. EU-Rechtsvorschriften, die in diesen Bereich eingreifen würden oder Richtlinien setzen, unterliegen der Einstimmigkeit. Dass das bei Interessenskonflikten zu einem Nachteil führen kann, ist definitiv aus vergangenen Jahren bekannt. Nur Teilbereiche unterliegen einer Harmonisierung. Bisherige Vorstöße der EU-Kommission oder auch des Europaparlaments, von der Einstimmigkeit zu einer qualifizierten Mehrheit zu gelangen, wurden von den Mitgliedsstaaten bisher abgelehnt.



Eine breite öffentliche Debatte über europäische Steuerpolitik wird bisher nicht geführt.

All das wird vorwiegend auf einer sehr technischen, themenspezifischen Ebene diskutiert. Eine breite öffentliche Debatte über europäische Steuerpolitik wird bisher nicht geführt. Einzig im vergangenen EU-Wahlkampf fand sich das Thema in den Programmen mancher Parteien wieder. Die SPÖ setzte erneut auf die klare Botschaft, Schlupflöcher zu schließen und Gewinnverschiebung zu unterbinden. Wahlentscheidend war das jedoch leider für viele Bürger:innen nicht.

„Steuern“ befinden sich in den meisten Fällen nicht unter den relevantesten Themen, die Menschen bei Befragungen angeben. Sehr wohl finden sich aber oftmals „Arbeitsmarkt und Wirtschaft“, „soziale Ungleichheit“ oder aktuell auch „Inflation“ unter den Genannten, wie beispielsweise bei einer groß angelegten Umfrage des ORF.

Gerade diese Themenbereiche sind jedoch maßgeblich durch steuerpolitische Entscheidungen beeinflusst bzw. können beeinflusst werden, insbesondere auf europäischer Ebene. Ob der Arbeitsmarkt auf unserem Kontinent solidarisch gestaltet ist oder Unternehmen, unabhängig vom Firmensitz, Steuern auch an den jeweiligen Standorten bzw. in den jeweiligen Ländern zahlen (müssen), hängt von gestalterischer Steuerpolitik ab.

Besteuerung ist ungleich verteilt

Die aktuelle nationalstaatliche Isolation bei der direkten Besteuerung führt aber in weiten Teilen zu einem Steuerwettbewerb nach unten, losgelöst von den gemeinsamen Interessen aller Mitgliedsstaaten. Internationale Großkonzerne nutzen geschickt legale Möglichkeiten zur Steuerminimierung in Ländern wie Luxemburg, Irland oder Malta. Gleichzeitig spürt jeder:r Bürger:in Besteuerung im alltäglichen Leben in nicht geringem Ausmaß – beim Kauf von Gütern des täglichen Bedarfs, aber auch bei Abzügen am Gehaltszettel in Form von Steuern auf Arbeit. Damit werden wesentliche Teile der gemeinsam genutzten Infrastruktur und der Daseinsvorsorge finanziert – wie Bildungseinrichtungen, das Gesundheitswesen, der öffentliche Verkehr und vieles mehr. Aufgabe der Politik wäre dabei, eindeutig und unmissverständlich zu kommunizieren, dass all diese Leistungen nur aufgrund der solidarischen Finanzierung durch Besteuerung möglich sind. Es handelt sich dabei um Investitionen, die sich – wenn sie gut getätigt werden, wie etwa im Bereich der Elementarpädagogik (Larcher & Mader 2022) – vielfach rentieren und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgen.

Was dabei fehlt: Der konkrete Beitrag von globalen Konzernen. Im Gegenteil: So mancher globale Konzern nutzt Schlupflöcher und Sümpfe, um möglichst Steuern zu vermeiden. Das ist keine subjektive Annahme, sondern wissenschaftlich belegbar: Während der Faktor Arbeit stärker belastet wird, geht die Steuerbelastung der Unternehmen konstant zurück. Das führt zu einer weiteren Entsolidarisierung innerhalb der Europäischen Union und der Verfestigung von ökonomischen Ungleichheiten (Wixforth 2020).

Kleine Fortschritte gab es im Bereich einer Mindestbesteuerung der größten Unternehmen zwar, jedoch sieht ein Kompromiss lediglich einen Steuersatz von mindestens 15 % ab einem Jahresumsatz von mindesten 750 Millionen Euro vor (Rat der Europäischen Union 2023). Im Vergleich dazu zahlen Körperschaften in Österreich aktuell 23 % KÖSt. Eine faire Ausgestaltung könnte eine Harmonisierung einer europaweiten Körperschaftsteuer auf 25 % sein, damit ein weiterer Wettbewerb nach unten vermieden wird.

Eine Einigung auf eine Europäische Finanztransaktionssteuer wurde aktuell noch nicht erreicht, wiewohl das dringend notwendig wäre.

Ein Appell zur Debatte über Steuerpolitik!

Das Ziel muss sein, die Beiträge fair zu verteilen. Kommunikativ muss klar verknüpft werden, welche positive Wertschöpfung durch kluge Investitionen von Steuereinnahmen generiert werden kann. Eine öffentliche Debatte darüber, was als Leistung zur Verfügung stehen soll und muss, und wie sich eine vernünftige Finanzierung gestaltet, kann nur Hand in Hand mit der Diskussion über ein solidarisches, lenkendes Steuersystem auf europäischer Ebene hin zu einem Mehrheitsvotum

WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR

- Larcher, Elke & Mader, Katharina (2022): Hohe Wertschöpfung durch Investition in der Elementarbildung. A&W Blog, 28.3.2022.
- Rat der Europäischen Union (2023): Zeitleiste – Besteuerung der digitalen Wirtschaft.
- Wixforth, Susanne (2020): Steuern in, für und gegen Europa. Blog des WSI – Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut, 29.10.2020.

geführt werden. Eine gemeinsame europäische Steuerpolitik ist deshalb unausweichlich am Weg zu einer solidarischen Transformation der Europäischen Union.

EVA-MARIA HOLZLEITNER

ist Bundesvorsitzende der SPÖ-Frauen und stv. SPÖ-Bundespartei-vorsitzende sowie als Nationalratsabgeordnete Frauensprecherin im SPÖ-Parlamentsklub. Zuvor arbeitete die studierte Sozialwirtin unter anderem an der Fachhochschule Oberösterreich, Campus Hagenberg im Projektmanagement einer Forschungsgruppe.



THESE:

„Unsere **demokratische Gesellschaftsform** ist essenziell – nicht nur für eine gerechte, sondern auch für eine langfristig erfolgreiche **Wirtschaftspolitik.**“

EVA SIX

Warum die Demokratie für eine langfristig erfolgreiche und gerechte Wirtschaftspolitik ausschlaggebend ist, hat einen einfachen Grund: Demokratisch legitimierte Regierungen brauchen die Zustimmung von Mehrheiten in der Bevölkerung, denen sie Rechenschaft schuldig sind. Daher muss der Fokus einer demokratischen Wirtschaftspolitik auch immer auf dem Wohlergehen der breiten Bevölkerung liegen, indem sie darauf abzielt, materiellen Wohlstand gerecht zu verteilen. Wohlstandsorientierte Konjunktur- und Nachfragepolitik sind wichtige Maßnahmen für eine langfristig positive Produktivitätsentwicklung, weil sie die negativen Auswirkungen von Rezessionen begrenzen und ihren Anstieg bei einer guten wirtschaftlichen Lage unterstützen. Demokratische Prozesse fördern zudem konsensuale Kompromisse, die zu stabileren und somit auch berechenbareren poli-

tischen Rahmenbedingungen führen, welche sich positiv auf die Innovations- und Investitionsbereitschaft auswirken können.

Im Gegensatz dazu hängen autoritäre Regierungen nicht von der Unterstützung ihrer Bevölkerung ab, sondern vom Wohlwollen einzelner Interessensgruppen, wie etwa dem Militär oder besonders vermögenden Einzelpersonen oder Familien. Deren Unterstützung muss jedoch oftmals mit wirtschaftlichen und rechtlichen Privilegien sichergestellt werden, welche zumeist weder ökonomisch effizient noch nachhaltig sind. Natürlich gibt es auch in demokratischen Gesellschaften Lobbying und Gruppierungen, die für ihre Interessen eintreten, doch demokratische Prozesse bieten Mechanismen der Kontrolle und Transparenz, die diese Einflüsse regulieren.

Die Zustimmung zur Demokratie in Österreich ist ausbaufähig

Laut dem österreichischen Demokratie-Monitor gab 2023 nur knapp über die Hälfte der in Österreich lebenden Personen ihre volle Zustimmung zur Demokratie als beste Staatsform – ein Fünftel der Bevölkerung denkt es braucht einen ‚starken Führer‘ der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss.

Wie zufrieden Menschen mit der Demokratie sind, hängt dabei vor allem mit ihrer ökonomischen Lage zusammen: Im untersten Einkommensdrittel fühlen sich nur 16 % gut vom Parlament vertreten und 41 % der wahlberechtigten Personen in diesem Einkommenssegment sind erst gar nicht zur Wahl gegangen. Diese Personengruppe muss besonders oft gänzlich fremdbestimmte und belastende Lebens- und Arbeitsbedingungen hinnehmen, wodurch es zu einem Vertrauensverlust in das Gewicht der eigenen Stimme in der Gesellschaft kommt. Viele entwickeln durch diese tagtäglichen Entmutigungen und teilweise Demütigungen das Gefühl, Bürger:innen zweiter Klasse zu sein und wenden sich von der (demokratischen) Gesellschaft ab. Insbesondere junge Menschen in prekärer finanzieller Lage bewerten das gegenwärtige politische System in Österreich als nicht gut (65 %). Besonders dramatisch ist zudem der hohe Anteil an Personen, die in Österreich leben und arbeiten, jedoch nicht wahlberechtigt sind (laut Statistik Austria 2023 fast ein Fünftel).

Der gesellschaftliche Konsens als Erfolgsgarant

Wir stehen als Gesellschaft vor großen Herausforderungen: Neben geopolitischen Konflikten und massiver Vermögensungleichheit sind insbe-



Wie zufrieden Menschen mit der Demokratie sind, hängt vor allem mit ihrer ökonomischen Lage zusammen.

sondere die mit dem Klimawandel verbundenen Transformationsprozesse große Herausforderungen unserer Zeit. Diesen Umbau des Wirtschaftssystems mit mutiger, demokratisch legitimierter und wohlstandsorientierter Wirtschaftspolitik anzugehen wird der Schlüssel zum Erfolg sein. Denn ohne gesellschaftlichen Konsens und innovative demokratische Partizipationsformen, die auch sozioökonomisch benachteiligte Gruppen inkludieren, kann es zu massiven Rückschlägen in der Klimapolitik mit fatalen Folgen für Mensch, Umwelt und Wirtschaft kommen. Demokratische Entscheidungsfindung kann zwar durch Bürokratie und durch die Notwendigkeit, breite Koalitionen zu bilden, Prozesse verlangsamen, dennoch bietet sie – im Gegensatz zu kurzfristigen populistischen Versprechen – die beste Voraussetzung für eine stabile und langfristig erfolgreiche Politik.

Die Beteiligung an Entscheidungsprozessen sollte zudem nicht nur auf staatlicher Ebene, sondern auch auf kommunaler, betrieblicher und lokaler Ebene erfolgen, um alle Betroffenen in ihrem direkten Lebensumfeld einzubeziehen. Beispiele hierfür wären etwa die demokratische Mitbestimmung bei Entscheidungen über die regionale Ener-

gieversorgung, die Nutzung öffentlicher Räume oder die Neuausrichtung der lokalen Industriepolitik hin zu nachhaltigeren Wirtschaftsbereichen.

Ein entscheidender Faktor für den erfolgreichen sozialen und ökologischen Umbau ist zudem die demokratische Einbindung der Arbeitnehmer:innen direkt im Betrieb. Denn die Beschäftigten sind Expert:innen für zukunftsfähige Geschäftsmodelle in ihrem Bereich, da sie am besten und engsten mit den Produkten und Produktionsprozessen vertraut sind.

WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR

- Arbeiterkammer Wien (2023): AK-Wohlstandsbericht 2023 – Analyse des gesellschaftlichen Fortschritts in Österreich 2019-2024.
- Arbeiterkammer Wien (2024): Eine Zukunft für die Vielen. Der Plan der Arbeiterkammer Wien für den sozialen und ökologischen Umbau.
- Foresight (2023): Österreichischer Demokratie Monitor 2023.
- Honneth, Axel (2023): Der arbeitende Souverän. Eine normative Theorie der Arbeit. Berlin: Suhrkamp Verlag.

EVA SIX

ist Ökonomin in der Arbeiterkammer Wien, Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik. Sie arbeitet zu den Themen Verteilung, Konjunktur und Klima. Zuvor forschte und lehrte sie an der Wirtschaftsuniversität Wien.



© Sonja Spitzer

THESE:

„Mangelnde Transportkostenwahrheit führt zu geopolitischen Problemen und unerwünschten ökonomischen und ökologischen Verwerfungen.“

KARL DÜRTSCHER

Der Verkehr ist in Österreich einer der Hauptverursacher der Treibhausgasemissionen. Zwischen 1990 und 2021 verzeichnete der Verkehrssektor eine Zunahme der Treibhausgase um rund 57%. Die reale Wertschöpfung stieg im selben Zeitraum um 43%. Das bedeutet: Wirtschaftswachstum führte zu einem überproportionalen Anstieg des Verkehrs und der Emissionen. Ein wesentlicher Teil zur Reduktion der CO₂-Emissionen sollte – neben einer Verlagerung von Transporten auf die Schiene – auf der Vermeidung von Verkehr und der Verkürzung von Transporten liegen.

Ein beträchtlicher Teil des Verkehrsaufkommens ist nämlich darauf zurückzuführen, dass es keine

Kostenwahrheit im Verkehr gibt (Beispiele: Kerosinbepreisung, Dieselprivileg). Güter werden nur transportiert, um Arbeitskostenunterschiede auszunutzen, und nicht, weil es produktionstechnisch nötig oder effizienter ist. Es werden also Güter in Billiglohnländer transportiert, um dort einen Arbeitsschritt durchzuführen, und wieder zurückgebracht. Ein großer Teil des Problems liegt in der fehlenden Transportkostenwahrheit. Das WIFO hat das Problem treffenderweise so ausgeführt: „Mit dem Warentransport sind zahlreiche negative externe Effekte verbunden. Aufgrund eines Marktversagens werden zu viele Güter über weite Strecken transportiert.“ (Christen et al. 2021: 4)



Die Kosten werden von der Allgemeinheit getragen und fallen auch an, wenn sie nicht bepreist sind.

Die Allgemeinheit trägt die Kosten

Ein mangelhaftes Durchsetzen der Kostenwahrheit führt zu verzerrten Produktions- und Konsumentscheidungen. Dies benachteiligt die regionale Produktion vor Ort. Viele Kosten des Verkehrs gehen nicht in die Preise ein, sondern werden auf die Gesellschaft überwält. Mehr als 50 % der externen Gütertransportkosten in der EU sind dem Straßenverkehr geschuldet. Dabei weist der Straßengüterverkehr die höchsten externen Durchschnittskosten auf. Die Gesellschaft trägt große Kosten von Unfällen und Luftverschmutzung. Das Ausmaß der fehlenden Kostenwahrheit ist enorm. Im europäischen Straßengüterverkehr sind nur 45 % der Kosten internalisiert, in Österreich als Transitland sogar nur 36 %.

Das führt zu Wettbewerbsverzerrungen und besonders transportintensiven Wertschöpfungsketten. Wenn Transporte von Halbfertigwaren aus Ländern mit hohen Lohnkosten in Länder mit niedrigen Lohnkosten für wenige Arbeitsschritte und danach retour durchgeführt werden, um Arbeitskosten zu sparen, sind das vermeidbare

Transporte. Diese sind volkswirtschaftlich nicht sinnvoll, weil die Produktion nicht effizienter, sondern nur scheinbar billiger erfolgt.

Man mag einwenden, dass die Konsument:innen davon durch niedrigere Preise profitieren. Die auf die Gesellschaft abgewälzten Kosten werden aber von der Allgemeinheit getragen und fallen auch an, wenn sie nicht bepreist sind. Kostenwahrheit würde dazu beitragen, diese Kosten zu vermeiden. Neben den externalisierten Kosten beruht das zu hohe Transportaufkommen auf schlechten Arbeitsbedingungen und niedriger Bezahlung der LKW-Fahrer:innen.

Lange Transportwege schädigen die Umwelt und sind vermeidbar

Die mangelnde Transportkostenwahrheit, also die Tatsache, dass die tatsächlichen Kosten des Transports nicht vollständig in den Preisen von Gütern und Dienstleistungen enthalten sind, hat weitreichende geopolitische, ökonomische und ökologische Konsequenzen. Dies führt zu einer falschen Allokation von Ressourcen und erhöht langfristig die ökonomischen Kosten für die Gesellschaft. Diese Problematik führt zu Verzerrungen in der globalen Wirtschaft und schädigt die Umwelt. Eine Konsequenz ist die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und teuren Importen von Erdöl sowie die erhöhte Abhängigkeit entlang internationaler Lieferketten.

Weil sich die tatsächlichen Transportkosten nicht voll in den Preisen widerspiegeln, werden Güter aus entfernten Ländern zu niedrigeren Preisen angeboten. Somit werden etwa Lebensmittel und landwirtschaftliche Güter importiert, die auch regional produziert werden könnten.

WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR

- Christen, Elisabeth / Meinhart, Bettina / Sinabell, Franz / Streicher, Gerhard (2021): Transportkostenwahrheit im internationalen Handel. FIW Research Report, WIFO.

KARL DÜRTSCHER

ist seit 2018 Bundesgeschäftsführer der Gewerkschaft GPA und Mitglied des Vorstands des Österreichischen Gewerkschaftsbunds (ÖGB). Er absolvierte seine Lehrausbildung bei der Vorarlberger Illwerke AG und arbeitete anschließend bei der Vorarlberger Zementwerke AG.





TEIL 4

Digitalisierung und KI

Die rasanten Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung und Künstlichen Intelligenz führen zu tiefgreifenden Umstellungen in allen Lebensbereichen. Diese Entwicklungen werden allerdings größtenteils nicht von demokratisch kontrollierten Institutionen gestaltet, und die dazugehörigen Infrastrukturen gehören auch nicht uns als Gesellschaft. Sondern sie gehören jenen Einzelpersonen, die die großen Tech-Firmen besitzen und steuern. Das kann zu problematischen Folgen führen: Mittlerweile gibt es beispielsweise umfassende Belege für die gesellschaftszersetzenden Wirkungen mancher Social Media Plattformen. Das große Potenzial dieser technologischen Entwicklungen für ein besseres Zusammenleben wird hier bei Weitem nicht ausgeschöpft.

Wie können wir digitale Infrastrukturen und künstliche Intelligenz politisch gestalten, für eine starke Demokratie im Sinne der Vielen?

THESE:

„Der Staat muss investieren, um sich als demokratische Gesellschaft künstliche Intelligenz zu Nutze zu machen. Der Rahmen dafür muss digitaler Humanismus sein.“

KATHARINA KUCHAROWITS

Künstliche Intelligenz ist in unserem Alltag angekommen. Aus der ‚Nerd-Bubble‘ raus in unser tägliches Leben. Ob in der Schule, im Job, in der Politik oder im Privaten. Programme wie ChatGPT haben KI in aller Munde gebracht. Eine Zeitenwende ist eingeläutet, die Auswirkungen auf unser gesamtes Leben hat. Die Politik hat die Aufgabe, die damit einhergehenden Chancen und Gefahren zu definieren und sie zu regulieren. Und es gilt, Ausbildungs-offensiven und Aufklärungskampagnen auf den Weg zu bringen. Wir alle müssen fit werden, um KI zu verstehen, sie nützen zu können und kritisch zu bleiben. Kritisch vor allem dann, wenn versucht wird, uns zu manipulieren, uns etwas vorzugaukeln. Fit, wenn es um mehr Gelder in der KI-Grundlagenforschung geht.

Zeitalter der Digitalisierung verschlafen, nun gilt es zu gestalten

Österreich und Europa haben das Zeitalter der Digitalisierung verschlafen. 30 Jahre nach Erfindung des Internets tun wir immer noch so, als wäre die digitale Welt neu. Die Entwicklung der künstlichen Intelligenz ist noch gestaltbar. Es braucht Interventionen des Staates in Forschung, Entwicklung und Innovation. Hier hinken wir hinterher, denn bisweilen liegt die Konzentration der Macht bei Konzernen in den USA und Asien. Es braucht daher einen Aktionsplan für ein digital souveränes Österreich und Europa.

Mit dem *AI-Act*, der das erste umfassende KI-Gesetz weltweit ist, haben wir als Europäische Union einen ersten wichtigen Schritt in Richtung Regu-

lierung getan. Im *AI-Act* werden Verbote definiert und es erfolgt eine Einteilung in Risikogruppen. Aber etwas Wichtiges fehlt: Die Offenlegung von Datenspeisung und deren Quellen wird nicht transparent. Auch der Einsatz von KI im Kontext von kriegerischen Konflikten ist im *AI-Act* nicht enthalten. Hier gilt es, Nachschärfungen vorzunehmen.

Es müssen Alternativen geschaffen werden

Künstliche Intelligenz fordert uns heraus, lebenslange Aus- und Weiterbildung neu zu denken. Ob das Kinder, Schüler:innen oder Pensionist:innen sind: Wir alle gehören KI-fit gemacht. Hier braucht es gezielte Offensiven der Politik, um KI auch für jede und jeden zugänglich zu machen. Kostenlos und niederschwellig. Es gilt außerdem, Geld in die Hand zu nehmen und Open-Source-Produkte als Alternativen anzubieten. Entwickelt und gestaltet in Europa, in Österreich. Diese sollen im ersten Schritt in der öffentlichen Verwaltung und an Bildungseinrichtungen, vor allem an Schulen zum Einsatz kommen. Schüler:innen und Pädagog:innen dürfen nicht von Microsoft abhängig gemacht werden und damit gezwungen, ihre Daten einem Digitalkonzern auszuliefern.

Um KI zu erfahren, anzuwenden und zu nützen, braucht es Zugang zu Infrastruktur. Deshalb: Her mit dem Recht auf Internet für alle! Der Staat muss in diesem Fall als Investor auftreten. Digitale Infrastruktur braucht öffentliche Investitionen.

KI als Gefahr für Frauen und die Demokratie erkennen

Für einen bewussten Umgang mit KI sind auch Kennzeichnungspflichten beim Einsatz von KI-

“

Um KI zu erfahren, anzuwenden und zu nützen, braucht es Zugang zu Infrastruktur. Deshalb: Her mit dem Recht auf Internet für alle!

Anwendungen notwendig. Der *AI-Act* sieht diese Kennzeichnungspflicht vor. Denn wir müssen wissen, womit wir es zu tun haben. Beautyfilter auf Social Media etwa liefern besonders verfälschte Bilder des weiblichen Körpers und haben damit negative Auswirkungen auf das Selbstbild von Mädchen und Frauen.

Aber auch die sogenannten *Deepfakes* sind eine Form von Gewalt gegen Frauen, und sie sind aufgrund der Möglichkeit der niederschweligen Nutzung von KI ein weit verbreitetes Problem. Besonders prominent ist das Beispiel des US-Popstars Taylor Swift: Via *Deepfakes* wurden sexualisierte Darstellungen der Künstlerin auf verschiedenen Plattformen verbreitet. In über 90 % der Fälle sind dabei Frauen die Opfer. Um hier entgegenzuwirken, fordert etwa die UNESCO die Anerkennung von Online-Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung.

Eine der großen Grundsatzfragen ist jene nach der Voreingenommenheit von KI-Systemen und ihren Algorithmen – der so genannten Gender-Bias. Um eine Grundsatzfrage handelt es sich

deshalb, weil KI datenbasiert arbeitet. ChatGPT hat keine ‚Meinung‘ zu Geschlechterverhältnissen – die Daten, aus denen das Programm lernt, sind jedoch nicht vor Diskriminierung gefeit. Ganz im Gegenteil: Sie schreiben diese fort. Das zeigt wieder, wie wichtig die Offenlegungspflicht der Daten wäre.

Deepfakes sind aber auch in Hinblick auf Demokratiegefährdung nicht außer Acht zu lassen. Wahlen können damit beeinflusst werden, wenn etwa Kandidat:innen durch gefälschte Bilder oder Videos in Situationen gezeigt werden, die nicht der Realität entsprechen. Dafür gilt es ebenso, demokratisch legitimierte Regulierungen zu entwickeln.

KI immer kritisch hinterfragen

Künstliche Intelligenz ist eine Riesenchance, wenn wir beispielsweise an Arbeitserleichterungen, Bildungserwerb oder natürlich an die Diagnostik in der Medizin denken. Der Einsatz von KI muss jedoch kritisch und hinterfragend erfolgen. Immer. Es braucht Investitionen der öffentlichen Hand, um nicht abhängig von den Internetgiganten zu sein. Dann können wir uns KI zu Nutze machen – und nicht umgekehrt.



KATHARINA KUCHAROWITS

war Nationalratsabgeordnete der SPÖ und Bereichssprecherin für Netzpolitik.

Davor war sie Bundesvorsitzende der Jungen Generation in der SPÖ.

© SPÖ Parlamentsklub, Schmiebauer

THESE:

„KI im öffentlichen Interesse braucht mehr Partizipation: Wissensproduktion und Technologieentwicklung mit Citizen Science.“

KATJA MAYER

Technologie ist keineswegs neutral oder ein passives Werkzeug; vielmehr ist sie durch unzählige menschliche Entscheidungen geprägt, die weitreichende soziale Implikationen haben. Jede technologische Entwicklung ist politisch, spiegelt sie doch die Prioritäten, Werte und Vorurteile derjenigen wider, die sie gestaltet haben. Diese Entscheidungen beeinflussen, wer von der Technologie profitiert und wer möglicherweise benachteiligt wird.

Durch den Einsatz von Technologie wird immer auch Gesellschaft mitgestaltet. Technologie verändert die Arten und Weisen, wie wir kommunizieren, arbeiten, lernen und interagieren. Die scheinbare Objektivität technischer Systeme kann bestehende soziale Ungleichheiten verstärken oder neue schaffen, wenn nicht bewusst Anstrengungen unternommen werden, diese Dynamiken zu erkennen und zu adressieren. Daher ist es entscheidend, bei der Entwicklung und Implementierung von Technologie eine breite Palette von Perspektiven einzubeziehen, um sicherzustellen, dass sie gerecht und inklusiv ist.

Vor diesem Hintergrund gewinnen partizipative Ansätze in künstlicher Intelligenz zunehmend an Bedeutung, da sie Wegbereiter für eine inklusive, gerechte, robuste, verantwortungsvolle und vertrauenswürdige KI sein können. Solche Ansätze sind besonders wichtig, um die Bedürfnisse, Wünsche und Perspektiven historisch marginalisierter Gemeinschaften zu verstehen und angemessen zu repräsentieren.

Was bedeutet sinnvolle Partizipation, und was soll sie bewirken?

In der Wissenschaft und Technologieentwicklung wird Partizipation vielfach unter dem Begriff *Citizen Science* eingesetzt: Wissenschaftler:innen und Nicht-Wissenschaftler:innen entwickeln in partizipativer Forschung oder Design gemeinsam Lösungsansätze für wissenschaftliche und gesellschaftliche Fragen. Die Mitwirkung an wissenschaftlichen Abläufen reicht vom kurzzeitigen Sammeln von Daten bis zum intensiven Engagement in Forschungsthemen zusammen mit



Schulklassen klassifizieren die Biodiversität in ihrer Umgebung und generieren somit wichtiges Wissen für Monitoringsysteme, während sie über Umwelt und Technologie lernen.

Expert:innen und anderen Teilnehmenden. Eine akademische Ausbildung ist nicht erforderlich, jedoch ist die Beachtung wissenschaftlicher Standards, einschließlich Transparenz in der Datensammlung und offener Diskussion von Ergebnissen, essentiell.

Der Begriff der Citizen Science umfasst einerseits partizipative Forschungsmethoden, andererseits lenkt er die Aufmerksamkeit auf die politische Dimension der Wissenschaft. Für die Citizen Science ist die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements zur nachhaltigen Transformation für bessere Lebensbedingungen zentral.

Durch die Einbeziehung der Öffentlichkeit in den Forschungsprozess ermöglicht Citizen Science eine breitere und vielfältigere Datenerfassung, die dazu beiträgt, Bias und Ungleichheiten in KI-Algorithmen zu minimieren. Diese Teilhabe fördert nicht nur das Verständnis und das Bewusstsein für KI, sondern stellt auch sicher, dass die Entwicklungen in diesem Bereich die Bedürfnisse und Werte verschiedener gesellschaftlicher Gruppen widerspiegeln. Darüber hinaus kann Citizen Sci-

ence dazu beitragen, ethische Standards zu setzen und die Transparenz in der KI-Forschung und -Anwendung zu erhöhen, was essentiell ist, um das Vertrauen in diese Technologien zu stärken.

Sinnvoll ist Partizipation also immer dann, wenn dadurch die kritische Betrachtung oder die Verbesserung der Technologie zur Verbesserung der konkreten Lebenswelten oder Funktionszusammenhänge führt. In diesem Zusammenhang wird klar, dass Sorge dafür getragen werden muss, dass Partizipation nicht zur Verschleierung von Ausbeutung missbraucht wird.

Welche Formen von Partizipation sind möglich?

Wie kann ein Individuum oder eine Community sinnvoll an der Erstellung von Datensätzen mitwirken, die KI trainieren oder evaluieren? Wie können Personengruppen kritisch mit Modellen interagieren, die auf ihren Datensätzen basieren und Einblicke in ihr Wissen und ihre gelebten Erfahrungen geben? Partizipative KI-basierte Werkzeuge werden nicht nur mit Daten gebaut, die das Wissen und die sozialen Erfahrungen vieler repräsentieren, sondern müssen auch Erkenntnisse liefern, die für Individuen und Gemeinschaften sinnvoll sind.

So können zum Beispiel *Citizen Juries* dabei helfen, diverse Perspektiven in die Gestaltung verantwortungsbewusster Technologien einzubringen. Arbeiter:innenbewegungen widersetzen sich automatisierter Leistungskontrolle, indem sie zusammen mit Wissenschaftler:innen Diskriminierung im algorithmischen Management aufdecken. Schulklassen klassifizieren die Biodiversität in ihrer Umgebung und generieren somit wichtiges Wissen für Monitoringsysteme, während sie

über Umwelt und Technologie lernen. Patient:innen arbeiten gemeinsam mit Pflegepersonal und Mediziner:innen an der Verbesserung der Diagnosewerkzeuge. Bevölkerungsgruppen arbeiten an Sprachdatensätzen oder Datenbanken mit lokalem Wissen, die auch die feinen kulturellen Unterschiede berücksichtigen, welche von den großen Unternehmen nicht erfasst werden. Interessengruppen tragen dazu bei, Richtlinien für die Kontrolle der Technologie und deren faire Anwendungen zu entwickeln.

Solche Ansätze sind bislang meist noch in den Anfängen, wirken aber bereits jetzt vielversprechend und zeigen, wie Citizen Science eine entscheidende Rolle in der verantwortungsvollen und gerechten Entwicklung sowie im Einsatz von künstlicher Intelligenz spielen kann. Dabei ist jedoch zu beachten, dass partizipative Ansätze, die zu einer nachhaltigen, robusten Transformation führen sollen, kostspielig sind: Sie benötigen viel Zeit und andere Ressourcen, aber vor allem Verständnis für die Komplexität der Vielstimmigkeit in der Technologieentwicklung.

Bislang werden diese Ansätze in Wissenschaft und Technologie noch nicht ausreichend anerkannt und unterstützt. Es ist daher dringend erforderlich, dass die Politik diese Methoden umfassend fördert. Gerade die Politik könnte davon profitieren, wenn diese neue *general-purpose*-Technologie sozial robust entwickelt und eingesetzt wird.

WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR

- Kayali, Fares (2023): *Digitales Leben*, Lektion 4. Selbstlern-Kurs der Universität Wien auf imoos.
- Österreich Forscht: *Citizen Science in Österreich*. Webpage des Citizen Science Network Austria.
- Birhane, Abeba et al. (2022): *Power to the People? Opportunities and Challenges for Participatory AI*. In: EAAMO '22: Proceedings of the 2nd ACM Conference on Equity and Access in Algorithms, Mechanisms, and Optimization, 1-8.
- Young, Meg et al. (2024): *Participation versus scale: Tensions in the practical demands on participatory AI*. *First Monday* 29(4).

KATJA MAYER

arbeitet am Institut für Wissenschafts- und Technikforschung der Universität Wien zu Open Science und der Macht der sozialwissenschaftlichen Methoden. Sie lehrt den kritischen Umgang mit Informationstechnologien.



© Ralf Rebmann

THESE:

„Es gibt keine unbiased künstliche Intelligenz – machen wir den Bias sichtbar!“

MICHAEL KÖGL

Künstliche Intelligenz (KI) ist innerhalb kürzester Zeit zu einem Thema fast aller Lebensbereiche geworden. Dabei ist die Dimension, in der sich die Entwicklung vollzogen hat, enorm. KI ist ein beliebtes Mittel geworden, um schnell und einfach Texte produzieren zu lassen, Bilder zu erstellen oder Musik ‚komponieren‘ zu lassen.

Gleichzeitig sind die Bereiche, in denen wir uns künftig mit den Auswirkungen von KI beschäftigen müssen, viel weiter gefasst. Das beginnt bei großen Transformationsprozessen in der Arbeitswelt, wo immer mehr Aufgaben von KI übernommen werden können, und geht über den Bildungsbereich, in dem durch den Einsatz von KI bereits von einem Paradigmenwechsel gesprochen werden kann, bis hin zur Frage, wie und ob wichtige Entscheidungen von KI getroffen werden können. Ein Beispiel dafür ist die Debatte über justizielle Entscheidungen – mit allen damit einhergehenden Unsicherheiten, was das für unser Rechtssystem bedeutet. Der *AI-Act*, der den Einsatz von KI in der gesamten EU regeln soll, hat das mittlerweile ausgeschlossen – aus gutem Grund.

Es geht also grundsätzlich gesprochen um breite und nachhaltige Veränderungen in unserer Gesellschaft, die so weitreichend erscheinen, dass sie vor einigen Jahren nicht einmal zu erahnen waren.

Es braucht klare Regeln und Transparenz für den Einsatz von KI

Eines scheint indes klar: KI wird nicht mehr verschwinden. Und sie birgt – wie so viele Werkzeuge, die uns Menschen zur Verfügung stehen – neben Risiken selbstverständlich auch Chancen. Um diese Chancen aber auch gefahrlos – niemals jedoch bedenkenlos – nutzen zu können, braucht es klare Regeln, die nicht in den Händen der Anbieter von KI liegen, sondern allen Anwender:innen zur Verfügung stehen. Und die jetzt dringend geschaffen werden müssen, um die Risiken bei der Nutzung von KI zu minimieren und von den Chancen profitieren zu können.

Transparenz ist dabei essentiell, denn KI ist niemals unbiased. Bias bedeutet, von etwas geprägt

oder voreingenommen zu sein – und zwar von jenen Personen, die KI generiert haben, aber auch von jenen Personen, die sie nutzen. Einerseits ist heute nachweisbar, dass KI, die vorwiegend von Männern geschaffen wurde, auch Entscheidungen eher so trifft, wie Männer sie treffen würden. Andererseits lernt KI durch ihre Nutzer:innen, die – je nachdem, welchen Background sie mitbringen – auch einen entsprechenden Input liefern und somit einen Faktor im ‚Denken‘ der KI darstellen, allein durch deren Nutzungsverhalten.

Vor diesem Hintergrund ist also auch der Einsatz von KI grundsätzlich kritisch zu betrachten, denn: Wenn KI eingesetzt wird, um Entscheidungen zu treffen, die nicht mehr (nach-)kontrolliert werden, weil davon ausgegangen wird, dass die KI diese einwandfrei trifft, ist die Gefahr groß, dass strukturelle Diskriminierungsmuster unserer Gesellschaft unter dem Deckmantel der Objektivität verstärkt werden.

Das berühmte AMS-Beispiel

Ein bekanntes Beispiel, das die Risiken besonders deutlich zeigte, fand sich in der Nutzung von KI beim Arbeitsmarktservice Österreich (AMS). Hier wurde eine Software eingesetzt, die die Chancen der Vermittlung am Arbeitsmarkt einschätzen und das entsprechende Förderinstrumentarium entwerfen sollte. Nach Vorgaben des AMS wurde die KI durch eine Firma entwickelt. Dabei fiel auf, dass der Algorithmus in Fragen des Alters (über 30 Jahre gab es Punkteabzug), der Herkunft (Nicht-EU-Herkunft wurde schlechter bewertet) und des Geschlechts (Frauen bekamen weniger Punkte, insbesondere, wenn sie Betreuungspflichten hatten) klar diskriminierend agierte (Wimmer 2018). Und es wurde klar, dass dieser Algorithmus für die Vermittlungschancen der Be-

“

Die Gefahr ist groß, dass strukturelle Diskriminierungsmuster unserer Gesellschaft unter dem Deckmantel der Objektivität verstärkt werden.

troffenen große Hemmnisse bedeutet. Diese Diskussion begann bereits im Jahr 2018 – im Februar dieses Jahres wurde noch immer diskutiert, ob die Letztentscheidung nicht doch noch bei Mitarbeitenden des AMS liegen sollte (Pflügl 2024).

Dieses Beispiel zeigt, dass KI möglicherweise für ihre Anwender:innen Vorteile verspricht, für die Betroffenen von durch KI generierten Entscheidungen jedoch eklatante Nachteile haben kann. Um genau das zu verhindern, braucht es aber einen klaren Handlungsrahmen, wie er von der SPÖ mittels parlamentarischer Anträge eingebracht wurde – insbesondere mit Blick auf diskriminierende Muster.

Profitstreben behindert Transparenz, daher muss der Staat eingreifen

In vielen Bereichen der Nutzung von KI sind wir aktuell nicht in der Lage, die Algorithmen einzusehen. Eine Decodierung wird oftmals von den Anbietern verhindert, damit Profite aus der entwickelten Technologie nicht abfließen. Die Nut-

zer:innen haben also keinen Einblick und müssen dem gelieferten Produkt hinsichtlich dessen subjektiver Richtigkeit vertrauen.

Für einen verantwortungsvollen Staat – sowie darüber hinaus eine starke, netzpolitisch selbstbewusste, wertegeleitete und vom Humanismus geprägte EU – wäre es daher umso wichtiger, das Heft des Handelns jetzt in die Hand zu nehmen und klare Vorgaben zu machen, welche Informationen KI auf jeden Fall preisgeben muss, wenn sie eingesetzt werden soll. Zugleich braucht es eine Kennzeichnung von KI-generierten Inhalten und eine sinnvolle Handlungsanleitung, wie mit KI umgegangen wird, welche Effekte sie auf Gesellschaft und Demokratie hat und vor allem auch, welche Risiken sie birgt.

Das Instrument der KI ist nicht grundsätzlich gut. Es ist auch nicht grundsätzlich schlecht. Dass sie aber nicht für Schlechtes eingesetzt, oder unter dem Deckmantel der Objektivität gegen die Interessen einer großen Mehrheit der Menschen genutzt werden kann: Das liegt in der Verantwortung der Politik. Diese Verantwortung müssen insbesondere wir als Sozialdemokratie auch wahrnehmen und aktiv gestalten. Nicht aus Kulturpessimismus, sondern aus Verantwortungsbewusstsein.

WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR

- Pflügl, Jakob (2024): Entscheidet die KI über Jobs? Höchstgericht lässt AMS-Algorithmus erneut prüfen. Der Standard, 10.2.2024.
- Wimmer, Barbara (2018): Computer sagt nein: Algorithmus gibt Frauen weniger Chancen beim AMS. Artikel auf Futurezone.at, 6.12.2018.

MICHAEL KÖGL

ist Bundesvorsitzender der Jungen Generation in der SPÖ, Gemeinderat in St. Pölten sowie Klubsekretär im SPÖ Parlamentsklub. Er studiert Lehramt für Deutsch, Geschichte und politische Bildung.



© Philipp Ebenbichler

THESE:

„KI fordert uns heraus, zu entscheiden, ob wir mehr in öffentliche digitale Infrastrukturen investieren wollen.“

THOMAS GEGENHUBER

In den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen sind Infrastrukturen eine notwendige Voraussetzung, um die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft – im ökonomischen wie im sozialen Sinne – zu garantieren. Infrastrukturen sind das Spielfeld, auf dem sich die Gesellschaft bewegt: Sie ermöglichen Handeln, sie lenken Handeln, und eine unzureichende oder nicht vorhandene Infrastruktur kann eben auch Handeln einschränken oder gar verhindern. Traditionellerweise werden mit dem Aufbau von Infrastrukturen hoher Kapitalbedarf, lange Planungszeiten, lange Nutzungsdauer und damit die Schaffung von Pfadabhängigkeiten verbunden (Engartner 2022).

In einer digitalen Gesellschaft gibt es Infrastrukturen, die sowohl einen physischen Charakter (z.B. Rechenzentren, Netzinfrastruktur) als auch einen digitalen Charakter haben (z.B. digitale Plattformen, AI-Modelle). Während die Infrastrukturpolitik im 20. Jahrhundert vorwiegend Aufgabe der öffentlichen Hand war, sieht es im 21. Jahrhundert anders aus. Einige wenige Konzerne

kontrollieren wesentliche Aspekte der digitalen Infrastruktur – die Konsequenz ist eine Machtkonzentration, die zu negativen Effekten für Gesellschaft und Wirtschaft führt bzw. führen kann.

Antwort 1: Regulieren

Die Antwort Europas auf dieses Phänomen ist vorwiegend regulatorisch. Das bringt Verbesserungen für die Bürger:innen. Gleichzeitig ist nicht alles Gold, was glänzt. Regulierungen haben nicht-intendierte Nebeneffekte und große Digitalkonzerne haben mehr Ressourcen, sich an Regulierungen anzupassen, als kleinere Unternehmen. Schließlich besteht eben ein Unterschied darin, ob ein Museum oder ein Restaurant Daten verarbeitet, oder ob es sich um datenbasierte Konzerne wie Meta oder Google handelt (Zuboff 2019). Viel bedeutender ist jedoch, dass Regulieren letztlich immer nur Reagieren ist, anstatt selbst einen Gestaltungsanspruch zu erheben (vgl. Gegenhuber 2020).



Zumindest in Österreich zeigt der Staat, dass er eines gut kann: physische Infrastruktur, wie etwa Schienennetze, bereitstellen.

Antwort 2: Gestalten

Im Sinne der Ökonomin und Innovationsforscherin Mariana Mazzucato ist eine zentrale Antwort: Es braucht einen kompetenten, zukunftsorientierten und risikobereiten Staat, der im Aufbau der öffentlichen (digitalen) Infrastruktur den Ton angibt und den Prozess moderiert. Leichter gesagt als getan. Angesichts der Machkonzentration und Dominanz der großen Digitalkonzerne stellt sich die Frage, welchen Unterschied Österreich und Europa machen kann – insbesondere da Projekte wie Gaia-X durchaus in der Kritik stehen.

Staatliche Aufgabe: Steuerung über Infrastruktur

Ich denke, der Staat sollte bei jener digitalen Infrastruktur ansetzen, die a) die Grundlage für Aktivitäten anderer setzt und b) sich in einem Feld bewegt, in dem der Staat auf bestehende Fähigkeiten zurückgreifen kann. Zumindest in Österreich zeigt der Staat bzw. dessen Staatsunternehmen,

dass er eines gut kann: physische Infrastruktur, wie etwa Schienennetze, bereitstellen.

Warum ist das für digitale Ökonomie und insbesondere für Künstliche Intelligenz relevant? Neben Daten braucht die Erstellung von KI-Modellen sowie die KI-Forschung Rechenzentren. Ein Rechenzentrum (auch Data Center genannt), ist eine spezialisierte Einrichtung, die IT-Infrastruktur wie Server, Speichersysteme und Netzwerkausrüstung zur Speicherung, Verarbeitung und Verwaltung von Daten beherbergt. Es bietet zuverlässige Stromversorgung, Kühlung und Sicherheitsmaßnahmen, um die kontinuierliche Verfügbarkeit und Sicherheit der Daten und Dienste zu gewährleisten.

Eine guter staatlicher Infrastrukturprovider in diesem Bereich kann dafür sorgen, dass KI-Forschung an Forschungseinrichtungen in Österreich gehalten und ausgebaut wird. Damit werden in diesem Feld Fähigkeiten aufgebaut – eine zentrale Grundlage, um eigene marktfähige Angebote zu entwickeln und souveräner zu werden. Mit einer guten Infrastruktur können Anreize dafür gesetzt werden, dass insbesondere mittelgroße und kleinere Unternehmen mit KI-Technologien experimentieren. Damit geht die Chance einher, deren Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Gleichzeitig kann der Staat sicherstellen, dass diese Rechenzentren mit erneuerbaren Energien betrieben werden und keine negativen Effekte auf lokale Ökosysteme haben (z.B. wegen zu hohen Wasserverbrauchs).

Österreich und Europa brauchen Gestaltungswillen und Gestaltungsfähigkeit. Die physische öffentliche digitale Infrastruktur ist ein wichtiger Schritt, um dieses Ziel zu erreichen.

WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR

- Engartner, Tim (2022): *Infrastruktur*, Version 08.06.2022, 09:10 Uhr. In: Staatslexikon online.
- Gegenhuber, Thomas (2020): *Eine Vision für das digitale Europa. Von der widerspenstigen Zähmung der Plattformen zu einem digitalen Humanismus*. Publikation der Friedrich Ebert Stiftung – Projekt „Für ein besseres Morgen“.
- Zuboff, Shoshana (2019): *The age of surveillance capitalism: The fight for a human future at the new frontier of power*. London: Profile Books.
- Lechelle, Yann (2022): „Ich erwarte nicht, dass Gaia-X liefert, was wir brauchen.“ Interview mit c't 1/2022, S. 14.



THOMAS GEGENHUBER
 ist Professor an der Johannes Kepler Universität Linz und leitet das Linz Institute of Transformative Change. Er ist außerdem Mitglied des Linzer Gemeinderats.

THESE:

„KI-generierte Falschmeldungen bedrohen demokratische Institutionen.“

FLORIAN KOPPLER

Falschinformationen im politischen Kontext können zu einer Einschränkung der Demokratie führen. Das ist vor allem verheerend, wenn wir bedenken, dass die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in die Demokratie aktuell in der gesellschaftlichen Wahrnehmung eher sinken als steigen. Im Zuge des Wahljahres 2024 und mit der wachsenden Nutzung von sozialen Medien zur Informationsbeschaffung liegt es somit auch in der Verantwortung der Parteien, die Richtigkeit von Informationen zu sichern und Desinformation zu verhindern.

Gefahr durch KI-generierte Falschinformationen

Mit dem technologischen Fortschritt und der zunehmenden Verbreitung künstlicher Intelligenz hat sich das Spektrum der Bedrohungen für demokratische Prozesse erweitert. KI-Systeme sind mittlerweile in der Lage, täuschend echte Texte,

Bilder und Videos zu erstellen, die schwer von echten Inhalten zu unterscheiden sind. Diese sogenannten *Deepfakes* können genutzt werden, um Falschinformationen zu verbreiten und das Vertrauen der Öffentlichkeit in politische Institutionen zu untergraben.

Ein markantes Beispiel dafür sind manipulierte Videos von politischen Kandidat:innen, die scheinbar kontroverse Aussagen tätigen. Solche Inhalte können in sozialen Medien viral gehen und die öffentliche Meinung stark beeinflussen, bevor sie als Fälschung entlarvt werden. Diese Verzögerung kann ausreichen, um das Wahlverhalten zu beeinflussen und Misstrauen gegenüber legitimen politischen Akteur:innen zu säen.

Die Rolle sozialer Medien

Soziale Medien spielen eine zentrale Rolle in der Verbreitung von Informationen und haben sich zu

einem der wichtigsten Kanäle für politische Kommunikation entwickelt. Plattformen wie Facebook, Instagram und TikTok bieten eine immense Reichweite und Geschwindigkeit, die traditionelle Medien weit übertreffen können. Dies macht sie unter anderem zu einem idealen Werkzeug für die Verbreitung von Desinformation.

Ein aktuelles Beispiel für ein weitverbreitetes Deepfake-Video aus dem politischen Kontext ist die gefälschte Darstellung von Olaf Scholz, der seinen Rücktritt verkündet. *#olafscholztritt-zurück* verunsicherte viele junge Menschen auf TikTok und ließ spürbar werden, wie schnell sich eine Online-Diskussion verbreitet und wie schwierig es sein kann, diese wieder in geordnete Bahnen zu lenken.

KI-generierte Inhalte können durch *Social Bots*, die automatisiert Beiträge verbreiten, verstärkt werden. Diese Bots sind in der Lage, innerhalb kürzester Zeit Tausende von Posts abzusetzen und so den Eindruck einer breiten Unterstützung oder Ablehnung bestimmter Positionen zu erwecken. Diese Darstellung führt wiederum zu einer verzerrten Wahrnehmung der öffentlichen Meinung und kann politische Diskussionen und Entscheidungen negativ beeinflussen.

Maßnahmen gegen Desinformation

Angesichts dieser Bedrohungen sind verschiedene Maßnahmen erforderlich, um die Integrität demokratischer Prozesse zu schützen. Erstens müssen soziale Medienplattformen ihre Algorithmen und Überwachungssysteme verbessern, um KI-generierte Falschinformationen schneller zu erkennen und zu entfernen. Dies erfordert eine enge Zusammenarbeit mit Expert:innen für künstliche Intelligenz und Cybersicherheit.

“

Die gefälschte Darstellung von Olaf Scholz, der seinen Rücktritt verkündete, verunsicherte viele junge Menschen auf TikTok.

Zweitens sollten Bildungskampagnen initiiert werden, um die Medienkompetenz der Bürger:innen zu stärken. Ein besseres Verständnis für die Funktionsweise von KI und die Erkennung von Desinformation können dazu beitragen, die Verbreitung von Falschinformationen zu reduzieren. Bürger:innen sollten ermutigt werden, Informationen kritisch zu hinterfragen und Quellen zu überprüfen, bevor sie Inhalte teilen – das macht uns als Menschen aus.

Drittens müssen gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, um die Verbreitung von Desinformation einzudämmen oder weniger attraktiv werden zu lassen, wie z.B. durch die Kennzeichnung solcher Inhalte. Es ist wichtig, dass solche Gesetze international koordiniert werden, um ihre Wirksamkeit zu maximieren. Die SPÖ OÖ hat hier in der Landespolitik die Unterzeichnung einer Vereinbarung mit ÖVP, NEOS und GRÜNE veranlasst, die vorgibt, keine Deepfake-Videos im Wahlkampf zu verwenden. Die FPÖ konnte leider nicht zur Unterzeichnung bewegt werden.

Miteinander für ein faires und sicheres Österreich

Im Superwahljahr 2024 tragen die Parteien eine besondere Verantwortung. Wir müssen sicherstellen, dass unsere Kampagnen transparent und wahrheitsgemäß sind. Das Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen ist entscheidend für die Legitimität des politischen Systems. Jede Form der Desinformation, insbesondere durch KI-generierte Inhalte, stellt eine Bedrohung dar, die ernst genommen werden muss. Nur durch gemeinsame Anstrengungen von Politik, Unternehmen, Forschung und Gesellschaft kann die Integrität demokratischer Prozesse gewahrt und gestärkt werden. Für mich ist das von besonderer Bedeutung, um die Legitimität und Stabilität unseres politischen Systems zu sichern.



FLORIAN KOPPLER

ist Landesgeschäftsführer der SPÖ Oberösterreich und Linzer Gemeinderat für Mobilität und Verkehr. Innovation und soziale Gerechtigkeit sind für ihn keine Gegensätze, sondern müssen miteinander gedacht werden.

© MecGreenie

THESE:

„Europa nimmt bei der Regulierung und politischen Gestaltung von künstlicher Intelligenz eine Vorreiterrolle ein.“

STEFAN WOLTRAN

Die jüngsten Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz haben sowohl das Potenzial für KI-Anwendungen zum Nutzen der Gesellschaft aufgezeigt, als auch die Notwendigkeit, Bürger:innen und die Demokratie vor gefälschten Informationen, manipulativen Algorithmen, Diskriminierung, Cyberkriminalität und vielem mehr zu schützen.

Das zentrale Ziel des *EU Artificial Intelligence Act* (EU-AI-Act) ist es, ein solches Schutzschild in Form einer durchsetzbaren Verordnung zu schaffen, im gleichen Sinne wie andere Verordnungen für sichere Lebensmittel oder sichere Medikamente sorgen. Die von einigen Meinungsmacher:innen postulierte Selbstregulierung im digitalen Raum hat bereits bei sozialen Medien versagt. Sie würde auch im Falle der KI versagen und würde die Kontrolle in der Hand mächtiger Unternehmen belassen.

Daher kommt dieses KI-Gesetz zur rechten Zeit. Eingedenk der dynamischen Entwicklungen kann

das dort verankerte Risiko-Modell – trotz einzelner Kritikpunkte – als gelungener Versuch gesehen werden, auch zukünftigen KI-Systemen und -Anwendungen Rechnung zu tragen. Darüber hinaus hat das KI-Gesetz das Potenzial, zu einer globalen Blaupause zu werden und als ein weiteres Beispiel für den bekannten „Brüssel Effekt“ (Bradford 2019) zu dienen.

Wie weiter?

Die im Dezember 2023 verabschiedete Verordnung ist auch ein Erfolg der Zivilgesellschaft, die hier ein wichtiges Gegengewicht zur Lobbyarbeit der Unternehmen gebildet hat. Die Lobbygruppen der Unternehmen hatten zuvor versucht, die vorgeschlagene Verordnung zunächst zu blockieren und dann zu verwässern. Die konkreten Maßnahmen zur Durchsetzung des KI-Gesetzes müssen allerdings weiterhin auf nationaler und europäischer Ebene kritisch beobachtet werden. Zentral hierfür ist und bleibt die enge Zusammenarbeit



Nutzen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung, um unsere Grundwerte umzusetzen: Entwickeln wir zum Beispiel neue Wege der Mitbestimmung!

von politischen Parteien mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und NGOs, die sich diesem Thema verpflichtet fühlen.

In diesem Kontext muss ein gemeinsames Weiterentwickeln des in Wien stark verankerten Digitalen Humanismus gerade für die SPÖ ein zentrales Anliegen sein, da sich die Grundgedanken unserer Bewegung mit jenen des Wiener Manifests für Digitalen Humanismus in vielen Punkten decken. Es geht in dem Manifest darum, demokratische Werte einzuhalten und den technologischen Fortschritt mit sozialen Innovationen angemessen bewältigen zu können. Daher müssen die digitalen technischen Neuerungen stets an humanistische Ideale geknüpft sein.

Diese digitale Welt muss unser sein!

Gerechtigkeit, Gleichheit, Freiheit und Solidarität sind auch in einer digitalen Welt unsere Grundwerte. Nutzen wir die Möglichkeiten der Digi-

talisierung, um diese Grundwerte umzusetzen, und entwickeln wir zum Beispiel neue Wege der Mitbestimmung! KI ist nicht nur ChatGPT oder Deepfake, sondern gibt uns Werkzeuge in die Hand, um Partizipationsprozesse neu zu denken und fairer zu gestalten.

Demokratische Entscheidungsfindung erschöpft sich nicht in simpler Stimmabgabe alle paar Jahre, sie beruht auf Deliberation und dem Austausch von Argumenten. Beteiligungsverfahren haben besonders dann einen großen Effekt, wenn sie den Bürger:innen *voice and vote* geben – das bedeutet, dass die Beteiligten ihre Meinung in einer Diskussionsphase einbringen und zusätzlich am Ende eine bindende Entscheidung durch eine Abstimmung treffen können. KI kann hier helfen, komplexe Sachverhalte zusammenzufassen, Inklusion zu garantieren, Sprachbarrieren zu überwinden und vieles mehr.

Im selben Ausmaß müssen allerdings auch Maßnahmen zur Überbrückung des *Digital Divide* mitgedacht werden: Nutzung und Zugang müssen einfach gehalten, eine offline Begleitung solcher Partizipationprozesse gewährleistet werden. Digitalisierung wird unser Zusammenleben in Zukunft prägen – überlassen wir ihre Ausgestaltung nicht marktgetriebenen Konzernen!

WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR

- Bradford, Anu (2019): *The Brussels Effect: How the European Union Rules the World*. Oxford University Press.
- Center for Artificial Intelligence and Machine Learning (2019): *Wiener Manifest für Digitalen Humanismus*.

STEFAN WOLTRAN

ist Professor für Formal Foundations of Artificial Intelligence und Vizestudiendekan an der Fakultät für Informatik der TU Wien, wo er auch das Center for Artificial Intelligence and Machine Learning leitet.





Ein aktiver Staat, der die Menschen stärkt und schützt Thesen aus Wissenschaft & Politik, Band 1

Im November 2022 haben wir etwa 70 Wissenschaftler:innen und Politiker:innen im Karl-Renner-Institut zum ersten „Forum Wissenschaft & Politik“ versammelt, um gemeinsam in den Austausch zu treten.

In **Band 1 unserer Thesenbroschüren-Reihe** formulieren Teilnehmer:innen des Forums jene Ideen und Forderungen aus, die sie dort eingebracht haben. Die Diskussionen orientierten sich an der Vision eines aktiven Staates, der die Menschen stärkt und schützt, und fokussierten auf die folgenden vier Politikbereiche:

- **Wirtschaftspolitik**
Welche grundlegenden Änderungen im Wirtschaftssystem braucht es, um langfristig und wirksam für Verteilungs- und Klimagerechtigkeit zu sorgen?
- **Arbeit und Leistung**
Wie kommen wir zu einer angemessenen Anerkennung, Entlohnung und wirtschaftspolitischen Gewichtung gesellschaftlich wertvoller Arbeit?
- **Klimakrise**
Wie geht sozialdemokratische Klimapolitik angesichts von Widersprüchen zwischen Klimazielen und Jobs, sozialer Gerechtigkeit, Bevölkerungswille?
- **Zusammenhalt**
Wie begegnen wir Krisen und gesellschaftlichen Widersprüchen so, dass wir Solidarität und Zusammenhalt erzeugen, statt Spaltung und Polarisierung?

Die Broschüre kann auf unserer Website <https://renner-institut.at> heruntergeladen, oder bei uns in gedruckter Version bestellt werden (bitte um ein e-mail an post@renner-institut.at).

Digital informieren und interagieren



<https://renner-institut.at>

Podcast "Rotfunk"



<https://rotfunk.simplecast.com>

Wir sind auch auf:



<https://x.com/RennerInstitut>



<https://www.facebook.com/renner.institut>



<https://www.youtube.com/c/KarlRennerInstitut>



<https://www.instagram.com/rennerinstitut>

